

Volkssmidt

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ankündigung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Räuber“

Bezugspreis: Die „Volkssmidt“ erscheint wöchentlich 6 mal und in durch die Haupt-Expedition für 40 Pf. durch die Buchhandlungen des „Volkssmidt“. Neue Graupenstraße 6 und Friederich-Wilhelm-Straße 105, Wandsbeker Straße 135 sowie durch alle Buchläden zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten möglich: 0,42 Rm. + 8 Pf. Träger-gebühr. 0,50 Rm., monatlich 1,76 Rm. + 8 Pf. Trägergebühr. 2,10 Rm. Durch die Post einzeln Zuhaltung gebühren 0,66 Rm.

Unterlagen eingeladene Manuskripte werden nur zurückgetragen, wenn Rückporto beisteht

Organ für die werktätige BevölkerungVerlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Zeitungspräzess-Anschlüsse Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738

Postcheck-Konto Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau

Anzeigenpreis: Je Kilometer für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 2000 m. Flächenanzeigen, Stellenangebote, Einzelgeschäfte, Vereine, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. kleine Anzeigen pro Post 3 Pf., das teile Post 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Breslau 40 Pf. oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Eine unmöglich Entscheidung

Annehmbare Streichungen am Sozialstaat Der Reichswehretat steigt

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtb.)

Das Reichskabinett hat sich in seiner Nachsitzung vom Montag zum Dienstag mit den Ausgabenansätzen im Etat von 1930 beschäftigt. Wenn auch noch einige Fragen ungelöst sind, so steht doch im wesentlichen fest die Ausgabenliste des Etats fest. Immerhin erfordert die offizielle Mitteilung, dass die Beratungen „in allen wesentlichen Punkten“ zu einer Einigung geführt haben, eine Einschränkung.

Diese Einschränkung bezieht sich im wesentlichen auf die Beschlüsse des Kabinetts zum Etat des Reichsarbeitsministeriums. Seit langem bestehen hier Differenzen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium, die nun durch das Kabinett entschieden wurden. So ist der Antrag für die Wohneinnahmenhilfe, die das Reich seit mehr als einem Jahrzehnt bezahlt, von 29 Millionen auf 15 Millionen gesenkt worden. Der gefürchtete Betrag von 14 Millionen soll entweder durch eine Klärung der Leistungen der Wohneinhilfe aufgebracht oder von den Krankenkassen übernommen werden. Aus den Mitteln, die das Reich aus Zollabträgen für die Gesundheitsförderung der Invalidenversicherung zur Verfügung stellt und die alljährlich 49 Millionen betragen, sind 20 Millionen gestrichen worden. Sie sollen in den Etat für 1930 eingesetzt werden. Die Entscheidung über die Höhe des Antrages für die produktive Erwerbslosenfürsorge wurde ausgesetzt bis zur Klärung der Frage, ob diese Mittel nicht zum Teil auf dem Kreditwege beauftragt werden können. Einstweilen wird im Etat nur die Summe von 30 Millionen verfestigt. Bei den Kapitalabfindungen von 1929 beschädigte bleibt es bei dem vorjährigen Antrags von 63 Millionen. Der Versuch, den früheren Antrag von 88 Millionen wiederherzustellen, mißlang.

Alle diese Entscheidungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums sind gegen den entschiedenen Widerstand des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell getroffen worden. Wie ernst dieser Widerstand zu bewerten ist, zeigt seine Erklärung, dass er diese gegen die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder aufgestellten Beschlüsse nicht vertreten könne und seine abweichenende Stellung zum Ausdruck bringe werde. Damit ist bereits angedeutet, dass sich auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die in diesen Fragen immer nördlich einig war, mit dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister mit dieser Entscheidung des Kabinetts nicht absindet wird.

Auch der Etat des Reichswehrministeriums war umstritten. Da im letzten Jahr erhebliche Streichungen in Höhe von 65 Millionen an ihm vorgenommen worden waren, so suchte das Wehrministerium sich in diesem Jahre größere Ausgabenansätze zu verschaffen. Das ist ihm zwar nicht ganz, aber doch teilweise gelungen. Trotzdem im Kabinett vorgenommenen Streichungen wird der Etat der Reichswehr und der Marine rund 700 Millionen beanspruchen, also die Höhe von 1928 wieder erreichen und die Ausgabenansätze vom Jahre 1929 um rund 30 Millionen überschreiten. Dagegen ist die vom Reichswehrminister für den Panzerkreuzer „B“ angeforderte Rate bzw. Anerkennungsgebühr nicht bewilligt worden. Etwa für den Panzerkreuzer „B“ wird also in den Etat für 1930 nicht eingestellt.

Mit diesen Beschlüssen des Kabinetts ist aber erst der Anfang zur Aufführung des neuen Etats gemacht. Denn die weit schwierigeren Fragen der Deckung des Fehlbetrages sind bisher nicht erörtert, geschweige denn entschieden worden. Das Reichskabinett will sich sowohl zum Anfang und der Art der Steuererhöhungen als auch der Mittelbeschaffung für die Arbeitslosenversicherung erst entscheiden, wenn die Beratungen mit den Regierungsparteien einigermaßen ergebnislos verlaufen, auf welchem Wege die Verständigung am leichtesten erzielt werden kann. Diese Verhandlungen dürfen aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsarbeitsminister und den sozialpolitischen Vertretern der Regierungsparteien am Dienstag ergaben erneut, dass die Sozialdemokraten die Vorstellungen ablehnen, durch die die Sozialversicherung für die Fehlbeträge bei der Arbeitslosenversicherung herangezogen werden soll. Auch die Beratungen mit den finanziell-politischen Vertretern der Regierungsparteien, die sich mit der Möglichkeit von Steuererhöhungen beschäftigen, führten bisher zu keinem Ergebnis. In beiden Verhandlungen ist von der Sozialdemokratie die Forderung nach einem Notopfer der Leistungsfähigen erhoben worden, da es nicht angehe, die schweren Lasten für die Sanierung des Reichsetats allein den Mäzen der Bevölkerung aufzuerlegen.

Einstweilen begegnet dieser Gedanke erheblichen Widerständen, insbesondere bei der Deutschen Volkspartei und den Demokraten. In diesen Kreisen hofft man immer noch, den Fehlbetrag durch Abbau der sozialen Ausgaben und einseitige Erhöhung von Verbrauchssteuern aufzubringen zu können. Das ist aber ein vollkommenes Trugbild.

Eine solche Politik wird die Sozialdemokratie nicht vertreten. Wer den Ausgleich des Etats mit ihrer Hilfe erzielen will, wird beachten müssen, dass die in der Einschätzung des Bundes-Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (vgl. Seite 3 dieser Ausgabe) niedergelegte Auffassung auch die Auffassung der Sozialdemokratie ist.

A. K. Wir brauchen zu der vorliegenden Meldung nicht viel Worte zu verlieren. Die Haltung der bürgerlichen Mehrheit des Reichskabinetts ist ein offener Skandal. In den Zeiten

Republik-Schutzgesetz

Von Kurt Rosenfeld

Sieben Monate lang ist die deutsche Republik ohne eine besondere Schutzgesetz auskommen. Sieben Monate bestand Staatenfreiheit für alle Rechts- und Links-Punktionen. Und die Republik sieht und ist nicht um einen Atom schwächer als bei Ablauf des alten Republikenschutzgesetzes.

Warum trotzdem ein neues Republikenschutzgesetz?

Haben etwa Mordaten unverfolgt, hochverrätherische Zeichnungen, Artikel und Reden unbestraft gehalten und unverboten, hochverrätherische Versammlungen unanständig bleiben müssen? Nicht zahlen. Gerade in dem angeblichen Vakuum des Republikenschutzgesetzes haben zahlreiche Verfolgungen aller Art stattgefunden. Bei dem unsinnigen Gerede der Kommunisten war es für Staatsanwälte und Polizeipräsidien gar nicht schwer, ihnen aus Grund geltender Gesetze alles das zu unterdrücken, was auf Grund eines Republikenschutzgesetzes unzulässig ist.

Es sind auch sozialdemokratische Minister, die ein neues Gesetz zum Schutze der Republik fordern. Und wir Sozialdemokraten sind von vornherein geneigt, diesen Staatsfunktionsämtern ihr schweres Amt zu erleichtern, weil wir davon aussehen, dass sie kein Polizei- und Strafgericht fordern werden, dessen der Staat nicht unbedingt bedarf.

Deshalb würden auch keine Bedenken auftauchen, wenn es sich nur darum handelt, die strafrechtliche Unterlage für die Verfolgung von Verbündungen und Personen zu geben, die auf Verbündeten gegen das Leben ausgehen, zumal die sozialdemokratische Fraktion eine Herabsetzung des Strafmaßes erachtet hat. Nicht einmal vor dem nur für einen Fall vorgesehenen Androhung einer Zuchthausstrafe braucht man juristisch zu schreden, da sie nur dann angedroht wird, wenn es sich um einen besonders schweren Fall der Teilnahme an einer Verbindung oder Verabredung handelt, die Verbrechen gegen das Leben begeht. Gegen die immer mehr zunehmenden Gewalttaten der politisch Verhetbten muss natürlich eingetritten werden können. Diese Strafsanktionen, die sowohl rechts- und links-richten, können gebilligt werden.

Ganz anders aber müssen wir Sozialdemokraten zu Vorschriften stehen, deren einseitige und ausschließliche Anwendung gegen die Kommunisten aus jahrelanger Rechtsprechung des Reichsgerichts genau bekannt ist. Noch jetzt sollte sich die sozialdemokratische Fraktion bemühen, den § 5 Ziffer 1 des Gesetzesentwurfs zu befechten, der Gefängnis nicht unter drei Monaten denjenigen androht, der an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung teilnimmt, oder eine Verbindung unterstützt, die die Bestrebungen verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes zu untergraben. Diese schon in dem früheren Republikenschutzgesetz enthaltene Formulierung hat das Reichsgericht in ständiger Praxis nur gegen Kommunisten angewendet, indem es die gezwidrige Auslegung vornahm und billigte, dass der kommunistische Funktionär ohne weiteres als eine solche staatsfeindliche Verbindung anzusehen sei. Wenn diese Bestimmung auch in den letzten Jahren, nachdem auf sozialdemokratische Verlangen die Zuchthausstrafe braucht man juristisch ziemlich bedeutungslos geworden ist, weil dieser Paragraph nur auf Fälle angewendet wurde, in denen auf Grund der Hochverratsbestimmungen des Strafgesetzbuches eingetretten werden konnte, so wäre es doch unzureichend, aus dem neuen Gesetz Bestimmungen zu entfernen, deren missbräuchliche Handhabung wir kennen und nach Annahme des Gesetzes nicht mehr hindern können. Die Streichung des § 5 Ziffer 1 erscheint auch deshalb notwendig, weil ein „Untergraben“ der republikanischen Staatsform schon dann angenommen werden kann, wenn es sich um eine andere auf Aenderung oder Errichtung der Staatsform gerichtete Tat handelt, bei der nicht einmal gezwidrige Mittel ungewendet zu sein brauchen.

Sehr bedenklich ist auch der § 6 des Entwurfs, soweit er Gesetzesstrafe nicht unter drei Monaten gegen denselben vorstellt, der die republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig (!) und mit Überlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, dass er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- und einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet. Wie verschwommen sind diese Merkmale der Straftat! Was wird die Praxis, besonders in reaktionär regierten Ländern, mit diesem Paragraphen machen? Die Gefahr ist offensichtlich, dass § 6 ein Schuhkartograph für den nationalsozialistischen Minister Erich und andere Herren ähnlichen Schlages wird und womöglich gegen Republikaner Anwendung finden.

Die Bedenken gegen diese Strafbestimmungen der §§ 5 und 6 werden aber noch größer durch die weiteren Vorschriften des Gesetzesentwurfs, nach denen in diesen Fällen Versammlungen und Vereine, noch dazu durch die Landesbehörden, aufgelöst und periodische Druckschriften bis zu vier Wochen, andere bis zu sechs Monaten (!) verboten werden können! Was wird von der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit übrig bleiben, wo Erich und Konstantin die Landespolizei in der Hand haben!

Die Auflösung von Versammlungen, in denen solche Zuverschreibungen (ein undurchsichtiger Wortlaut) den Frieden fördern und geduldet werden kann, durch Beamte der örtlichen Polizeibehörde, also durch irgendeinen Landesbeamten vorgenommen werden! Natürlich nach den Anweisungen eines Innensenators eines deutschen Freistaates!

Die obersten Landesbehörden oder die ihnen nachgeordneten Stellen können einen Verein auf Lösen, dessen Zweck den Strafbestimmungen des Republikenschutzgesetzes oder den Hochverratsparagraphen des allgemeinen Strafgesetzbuches widerspricht, und Druckschriften verbieten, deren Inhalt gegen diese Vorschriften verstößt! Der Reichsminister des Innern hat dieses Recht nicht, er darf nur den Landesminister (Friedl!) um Auflösung des Vereins oder Verbot der Druckschrift erufen und bei Ablehnung das Reichsverwaltungsgericht anrufen, das natürlich nach eingehender Prüfung erst dann entscheiden muss, wenn ein praktisches Interesse an einem Eingreifen nicht besteht. Ein Sohn auf die Idee des Einheitsstaates

Sächsische Regierung gestürzt

Dresden, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht)

Im sächsischen Landtag wurde am Dienstag das von den Nationalsozialisten eingebaute Misstrauensvotum gegen die Regierung Bünker mit 63 gegen 24 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Ministerpräsident Bünker erklärte daraufhin den Rücktritt der Regierung. Für das Misstrauensvotum stimmten die Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Sozialdemokraten, Kommunisten und die Landvolk-Abgeordneten. Die Kommunisten stellten noch dem Rücktritt der Regierung den Antrag auf Auflösung des Landtages.

Der Abgeordnete Bösch gab vor der Abstimmung im Namen der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt: „Die sozialdemokratische Landtagsfraktion befindet sich im schärfsten Gegensatz zum Kabinett Bünker und hat wiederholter erklärt, dass sie jede Gelegenheit benützen würde, um diese reaktionäre Regierung, die nicht einmal von der Mehrheit des Landtages gewählt ist, und die ihre Existenz nur der politischen Toleranz der kommunistischen Partei verdankt, zu stürzen. Die sozialdemokratische Fraktion tritt in einheitlicher Auffassung mit der Gesamtpartei im Reiche für die Zustimmung zu im Vouga-Plan ein. Es wäre aber eine lächerliche Zumutung, wollte man aus dieser sachlichen Stellung der sozialdemokratischen Fraktion die Verpflichtung herleiten, das von ihr schars bekämpfte Kabinett Bünker gegen den Aufsturm seiner eigenen Regierungsparteien im Stale zu halten. Der volksparteiliche Ministerpräsident Bünker, der Parteifreund Stresemanns, hat sich innerpolitisch mit der Partei verbündet, die den Führer der Volkspartei und seine Außenpolitik maßlos beschimpft. Der Ministerpräsident Bünker, der den Eid auf die Verfassung der Republik geleistet hat, verschmähte nicht die Unterstützung der Nationalsozialisten, die die republikanische Staatsform schroff verneinen und bekämpfen. Das Kabinett Bünker, aus der Minderheit des Landtages geboren und von Gruppen unterstützt, die das öffentliche Wohl mit ihren engstirnigen Kosteninteressen verwechseln, ist vom Tag seines Bestehens nichts anderes als eine politische Unwahrsäigkeit gewesen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion zögert keinen Augenblick, diesem Kabinett das verdiente Ende zu bereiten und wird deshalb für das Misstrauensvotum stimmen.“

England und Panzerkreuzer B

Paris, 18. Februar. (Eigener Funkbericht)

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in London meldet seinem Blatt, dass das englische Parlament bei der Reichsregierung in Berlin unternommen und die Zurückstellung der Bauabredite für den Panzerkreuzer B gefordert habe. England habe damit der französischen Delegation ein Argument zur Stützung ihrer Flottenforderungen reihen wollen. Gleichzeitig demonstriert der Berichterstatter die in London angeblich im Umlauf befindlichen Gewissensbisse, wonach auch der Quai d'Orsay in Berlin vorstellig geworden sei. Man muss erwarten, ob sich diese Meldung bestätigen wird.

Eine Untergräbung der deutschen Republik soll ihrer Förderung! Wenn man schon gegen Vereine und Druckparteien so weitgehende Verbotsmöglichkeiten geben will — wir hoffen sie für überflüssig und gescheitert — so muss die Entscheidung wenigstens in die Hand des Reichskommissars gelegt sein.

Um die Annahme eines sozialen Gesetzes wird der Partei angemessen, ohne doch, wie in dem früheren Republikanergesetz eine bestimmt Geltungsdauer vorgesehen ist. Es soll nämlich erst mit dem Inkrafttreten des neuen allgemeinen Strafgesetzes außer Kraft treten, also in einem Zeitpunkt, den heute noch niemand auch nur mit einiger Sicherheit voraussehen kann. Jahre werden noch vergehen, bis der Reichstag die Unwirksamkeit des Straf- und Strafvollzugsgesetzes, sowie die der entsprechenden Einführungsgesetze verabschiedet haben kann, die also nur gleichzeitig in Kraft treten können. Also auf unabsehbare Zeit müssen mit Straf- und Verbotbestimmungen ist die Republik nicht zu halten. Einen wirklichen Schutz bieten nur Gesetze, durch welche der Staatsform ein sozialer Inhalt gegeben wird.

Gehörte Sinzheimer hat nur zu recht, wenn er im Januarheft der „Völker“ schreibt: „Wir müssen leben, das die Sicherung der Demokratie andere Wege gehen muß, als nur den Weg der „polizeilichen Sicherung“! Sonst könnte es uns eines Tages geschehen, daß wir wohl eine polizeilich gepanzerte Front gegen jeden „Un-

klug“ haben, das aber im Rücken dieser Front das von ihr zu schließende Gebäude, weil der tragfähige Balken des politischen Zentralwillens geschnitten hat, einstürzt.“

Auch der „Vorwärts“ hat am 4. Januar vor der Annahme verschiedener Gesetzesbestimmungen gewarnt. Seine Vorwürfe, daß der Gesetzwurf wahrscheinlich nicht ohne erhebliche Veränderungen aus den Ausschusssitzungen hervorgehen werde, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Die Bedenken unseres Zentralorgans gegen die Bestimmungen über Vereinsausflüsse und Zeitungsvorwerks sind von der sozialdemokratischen Tradition leider nicht beachtet worden, weil die Regierungen glaubten, diese Vorschriften zur wirtschaftlichen Bekämpfung der Republik nötig zu haben, obgleich allgemeine gesetzliche Bestimmungen bereits lebhafte Ausflüsse von Vereinen und Beschlagnahme von Zeitungen möglich machen.

Herr Freiheit aber hat erklärt, er freue sich förmlich auf die Annahme des Republikanergesetzes, das ihm die Möglichkeit bieten werde, ganz energisch gegen den sozialdemokratischen Marxismus vorzugehen.

In letzter Stunde möge die Partei vor diesem Gesetz gewarnt sein, das in seinen hier dargestellten Bestimmungen eine schweres Gefahr bedeutet nicht nur für die Arbeiterbewegung, für die Partei und auch die Gewerkschaften, sondern auch für die Republik, die es angeblich schützen soll.

mangelnden Willen des deutschen Volkes redet. (Sehr wahr bei den Soz.) Ich nehme zur Ehre des Gründers der deutschen Landwirtschaft an, daß sie, würden sie endlich zur Seite gehen würden, statt den Mund so voll zu nehmen, ihre Notlage. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn ich vom deutschen Osten abhebe, verneine ich eine Notlage der Landwirtschaft von dem Ausmaß wie immer, die hauptiert wird. Velder sind wir nicht in der Lage, beispielhaft aus Steuerausschüssen und Finanzministerium, das uns bekannt geworden ist, öffentlich zu bewerten. Ein Rittergutsbesitzer gab einen Verlust von 47 000 Mark an, wurde trotzdem aber zu einer Steuer von 16 800 Mark veranlagt. Bei der Nachprüfung stellte sich heraus, daß er für Jagdpaß allein 5450 Mark im letzten Jahre ausgegeben hatte, da er für seine Söhne Unterhaltung hätte schaffen müssen. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Draußen operieren die Herren mit einer Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft von 15 Milliarden. Dabei hat das Reichsfinanzministerium eine Verschuldung von 7,2 Milliarden festgestellt. Wenn eine Notlage der Landwirtschaft existiert, so ist sie nicht zuletzt durch die verschwundenen Betriebsmethoden verantwortlich. Unkannte Sachverständige kommen an einer vernichtender Kritik, wenn sie sagen, daß die Zahl derjenigen landwirtschaftlichen Betriebe nicht proportional zu erhöhen ist, in denen der Landwirt seinen Betrieb wirtschaftlich durchführt, befreit und die Betriebsergebnisse ausgewertet im Kopfe trägt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es wirklich nichts getan, um der Landwirtschaft zu helfen? Ich verweise da auf die oft angeführten Zahlen über Subventionen und Zuwendungen. Und das letzte Sollgeschäft im Reichstag ist sicher den Parteien, die die Konkurrenten hinter sich haben, nicht leicht gefallen. Trotzdem hören wir nur weiter lautes Schnippen! Ich gebe zu, daß die Klagen über den schlechten Roggenpreis berechtigt sind. Das Mühverhältnis, das in dem niedrigen Erzeugerpriß zum hohen Verbraucherpreis besteht, muß aus der Welt gestoßen werden. Aber so sieht es bei allen Agrarprodukten aus. Was unternehmen die Landwirte in der Frage der Abschaffung und Preisgestaltung? Trotz der Überproduktion in Roggen kann man sich nicht dazu entschließen können, die Anbausüchsen zu ringen.

Als ich mit einer führenden Person der deutschen Landwirtschaft über die Förderung und Regelung des Absatzes sprach, mußte ich feststellen, daß er von der EEG, also der größten Konsumtionsorganisation, die den vierzig, vielleicht sogar den dreiten Teil des deutschen Volkes umfaßt, mit ihrer Unzahl von Warenverteilungsstellen noch nie etwas gehört hatte. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber selbst ein führende Stimme aus Landwirtschaftskreisen hat schon in der „Deutschen Tagesszeitung“ darauf hingewiesen, daß in den großen Industriestädten die Konsumgenossenschaften als Großabnehmer für den Absatz hervortretendes sein können. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es würde die deutsche Landwirtschaft besser, wenn sie sich nicht, als vielmehr zur Verbesserung ihrer Produkte und zur Schaffung von Absatzorganisationen verwenden würde. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Frage der Landwirtschaft wird von den Rechtsparteien nur politisch behandelt. Nur politisch ist auch der Widerstand gegen ein Getreidemonopol zu werten, das man aber anerkennen würde, füllen Deutung nationale in der Reichs- oder Staatsregierung. Ist die Landwirtschaft selbst bereit, an einer besseren Regelung der Preisgestaltung und des Absatzes zu arbeiten, werden wir ihr Hilfestellung geben und uns dabei von keiner anderen Partei übertragen lassen.

Zum Schluss noch einen Appell an den Herrn Minister: Im Namen der Landarbeiter rufe ich Sie auf, helfen Sie mir, einen Schankraum auf dem Gebiete des deutschen Arbeitstechts, genannt das Hofsangerwerk zu beseitigen. Sie werden sich damit ein Denkmal im Herzen der deutschen Landarbeiterchaft von ewigen Wert leihen. Die Leute, die unter dieser modernen Hofsangerwerk und Sklaverei leiden, haben das Recht zu verzweifeln, aber nicht die Vertreter der Landwirtschaft von rechts. (Sturmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. von Plehwe (Dnat): Im Haushalt müßten größere Mittel für Acker- und Pfostenbau bereitgestellt werden. Den zwei Millionen Erwerbslosen sollte man einen Teil ihrer Unterstützung in Roggenbrotshänen geben. Im Osten wolle die Landwirtschaft erkennbare Todeszeichen auf. Weiter sprachen die Abgeordneten Matthes (Jtz) und Kerff (Komm.).

Herauf wird die Weiterberatung des Landwirtschaftsseitens vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Arbeitsplan des Reichstages

Der Altersausschuß des Reichstags beschloß am Dienstag, die nächste Plenarsitzung auf Montag kommender Woche anzuberufen und die Wohnungsfrage auf die Tagesordnung zu legen. Die zweite Sitzung der Young-Gesellschaft findet am Dienstag, wahrscheinlich aber erst am Mittwoch der kommenden Woche beginnen. Die dritte Sitzung soll möglichst noch in der gleichen Woche erledigt werden.

Abrechnung mit den Lügen des Landbundes und Landvolkes

Die wirkliche Lage der Landwirtschaft — Moralistische Släupung des Herrn Schacht

Berlin, 18. Februar. (Eigener Bericht.)

Im Preußischen Landtag, der am Dienstag wieder zusammentrat, teilte Präsident Bartels zunächst mit, daß der Abgeordnete Roeligh (3tr.) sein Mandat niedergelegt habe. Roeligh ist zum Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium ernannt worden. Als sein Nachfolger ist Abg. von Papen in den Landtag eingetreten.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Lösung des Landwirtschaftsseitens ein. Nach dem Berichterstatter Abg. Peters-Hochdonn (Soz.) nimmt das Wort

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger,

der zunächst auf die niedrigen Roggenpreise eingeht, die noch unter den Kriegspreisen liegen. Sehr ungünstig werde die Preisgestaltung auch beeinflußt durch die großen Roggenvorräte, über die die Landwirtschaft verfüge. Das zwinge zu einschneidenden Maßnahmen. Die Zollerhöhung sei in Folge der guten Ernte auf die Preisentwicklung im Inland ohne Wirkung geblieben. Wäre die Ausfuhr gesteigert worden, so hätte sie noch den Weltmarktpreis des Roggens drücken können. Die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung, die Förderung der Ausfuhr und Einkrämerung, um über kommende schlechte Zeiten hinwegzukommen, seien keine Dauerlösung. Es müßten neue Verwertungsmöglichkeiten gesucht werden. Da der Roggen als Biechtfutter gegenüber der Auslandsgerste nicht konkurrenzfähig ist, bleibe nur übrig, ihn stärker als bisher seiner eigentlichen Bestimmung, zur menschlichen Ernährung, zu verwenden. Das könne nur geschehen durch Vermengen des Roggenmehls zum Weizenmehl, was ohne Beeinträchtigung des Geschmacks und der Backfähigkeit möglich sei. Andererseits sollte auch die Landwirtschaft selbst den Roggenbau einschränken. Nötigenfalls müßten hier die Landwirtschaftskammern eingreifen.

Auf dem Markt habe sich die Preisgestaltung durch den Beimahlungszwang des inländischen beim ausländischen Weizen gebessert. Hier habe sich die Zollerhöhung günstig auf die Preise ausgewirkt.

Angesichts der Belastung durch die Reparationen müsse die Landwirtschaft „dazu“ beitragen, die Handelsbilanz aktiv zu gestalten. Das könne nicht nur durch eine verstärkte Ausfuhr, sondern durch die Entwicklung der Einfuhr; unterstützt durch eine wirksame Zollpolitik, gelingen. Einfuhr von Waren, die auch im Inland erzeugt werden, müsse zunächst unterbleiben. Weizen und Butter belasteten die Handelsbilanz mit am stärksten. Sie habe bei beiden Produkten 1929 je eine halbe Milliarde betragen. Deshalb sei auch der Weizenzoll von 6,50 auf 9,50 Reichsmark je Doppelton neu erhöht worden. Dasselbe gelte für die Einfuhr von Butter, aber in noch stärkerem Maße für die Einfuhr von Kartoffeln, da die Verwendung des eigenen Kartoffelüberschlusses die größten Schwierigkeiten bereite. In der kürzlich vom Reichstag verabschiedeten Zollnovelle haben die Biechtfutter und Fleischküche infolge einer besondere Bedeutung, als sich hier die Einschränkung der Einfuhr unmittelbar auf die Preise auswirkt. Die in der Zollvorlage vorgelehrte Veränderung der Schweinezölle will versuchen, eine Stabilisierung der Schweinefleischpreise zu erreichen. Die Gemüse einfuhr hat sich trotz vergroßerter Anbaufläche noch gesteigert.

Abg. Brandenburg (Soz.):

Die Erhaltung der deutschen Landwirtschaft ist keine partei-politische und keine rein agrarpolitische, sondern eine allgemein politische Frage. Dieser Grundsatze wird leider viel zu wenig von den Vertretern der Landwirtschaft selbst beachtet. Graf zu Stolberg-Wernigerode hat in seinem Aufruf das Wort geprägt: Heraus mit der Landwirtschaft aus der parteipolitischen Isolation! Er hat mit seiner Feststellung vollkommen Recht, daß es nicht möglich ist, einen Minister als Schrift hinzustellen, der als Landesvertreter ins Gefängnis gehört und dann harm-

los von ihm Hilfe zu verlangen. Er trifft durchaus das Richtige, daß es gesellschaftlich sei, und dauernd die wesentlichen Behauptungen zu unterstützen, und die Ausschusssitzungen zu unterstützen. Und dieselben Behauptungen trifft der Abgeordnete Schlonge-Schöning, bis vor kurzem noch Mitglied der Deutschnationalen Reichstagstraktion, und der von der Rechten als sachverständig anerkannte Führer Dr. Höh im Schlussfolger von der Subventionspolitik, daß nicht die tücklichen, sondern die geschäftstüchtigsten Leute die Konjunktur ausnutzen. (Hört, hört bei den Soz.)

Wie sieht die Rechte die Lage der Landwirtschaft als eine rein parteipolitische Frage an? Ich kann Ihnen eine Menge von Beweisen bringen. Wenn z. B. der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Hauptvereins des Provinz Sachsen, Rittergutsbesitzer Watzal, bei Eröffnung einer Tagung die Anwesenden auffordert, nicht nur die „grüne Front“ zu kritisieren, sondern sich dem Stahlhelm anzuschließen, so brauchen die Herren sich nicht zu beschließen, daß ihr Geschäft über die Notlage der Landwirtschaft brauchen keinen Glauben findet. In den letzten 80 Jahren hat die Landwirtschaft zu jedem Zeitpunkt mindestens so gut zu klagen verstanden wie jetzt! (Sehr wahr! bei den Soz.) Aus meinen Erfahrungen als Organisationsvertreter bei Lohn- und Tarifverhandlungen mit den Vertretern der Landwirtschaft kann ich schon im voraus die standige Redensart, daß jährlich 30, 40 und 50 Prozent der Substanzen zum Teufel gegangen sind. Diese alte Walze wurde immer wieder gedreht, nur nicht 1928, im Auflösungsjahr! Da war keine Rede von der ausgezehrten Substanz, da begegne man uns mit satten Hörn und erklärte: „Kein Leben wir am langen Arm des Hebels.“ (Hört, hört bei den Soz.)

Was ist es weiter, als eine rein politische Einstellung zu den Fragen der Landwirtschaft, wenn im Januar Bauernhöfcheller Kennew die Generalversammlung des Pommerschen Landbundes mit einem Appell an die Hausfrauen und deutschen Männer eröffnet die daran sollen, daß die Kinder auf ihrem Schoß Sklaven des internationalen Kapitalismus sind, und daß sie läufig alles zu tun haben, um diesem Kind die Rechte eines Tages abzunehmen. In dieser Situation äußerte Abg. von Rohr das Wort des preußischen Ministerpräsidenten Braun im Hauptausschuss, daß in Notzeiten die Landwirtschaft immer am besten zu wirtschaftlichen Verfehlungen und verbreitete es bewußt in das Gespräch ein, als er die Behauptung aufstellte, daß die Landwirtschaft zu Boden gedrückt werden müsse, weil sie um so mehr läuft, je mehr man ihr durch Auslandskonkurrenz den gerechten Lohn entzieht. (Hört, hört! S. d. Soz.)

Die verzweifelte Stimmung der Landwirtschaft ist nicht berechtigt! Wie steht es bei den kleinen Geschäften? In dieser Situation äußerte Abg. von Rohr das Wort des preußischen Ministerpräsidenten Braun im Hauptausschuss, daß in Notzeiten die Landwirtschaft immer am besten zu wirtschaftlichen Verfehlungen und verbreitete es bewußt in das Gespräch ein, als er die Behauptung aufstellte, daß die Landwirtschaft zu Boden gedrückt werden müsse, weil sie um so mehr läuft, je mehr man ihr durch Auslandskonkurrenz den gerechten Lohn entzieht. (Hört, hört! S. d. Soz.)

Daran ändern auch die Sechzehntel eines alten Schwägers Dr. Schacht nichts, der bei vollbesetzter Schmiedetafel ausgerückt mit einem Hungergeld von 340 000 Reichsmark und mit einer Arbeitslosenversicherung in Höhe von 2% Millionen Mark, von dem

Polizei in Cleveland beginnen. Ich möchte etwas über einen Herrn erfragen, der augenscheinlich in Not ist. Schreiben Sie folgendes:

„An John V. Terrell, Polizeipräsident, Cleveland, Ohio.

— Sehr geehrter Herr! Gestern habe ich Sie durch Kabel gebeten, mir mitzuteilen, ob der Philipp Moropoulos ...“

Sie schaut ihn erstaunt an.

„Der Name kam mir bekannt vor! Ist das nicht der Mann, der in Verbindung mit dem Rauchgashummel festgenommen wurde? Ich las es in der Zeitung.“

Er nickt und sagt fort:

„... Ob der Philipp Moropoulos, der jetzt von Ihnen festgehalten wird, irgendwelche englische Dokumente besitzt. Aus bestimmten Gründen möchte ich feststellen, ob er mit einem Mann identisch ist, der unter dem Namen ...“

Er klopft an der Tür. Es war ein Mädchen aus den unteren Geschäftsräumen, die ein Kabelgramm in der Hand hielt. Elsa nahm das Kabel in Empfang und reichte es Amerg über den Tisch hinweg.

„Hm!“ loge er und öffnete es, das trifft sich gut. Der Brief hat sich erledigt.“

Gedankenlos hält er das Kabel zu ihr hinüber und sie los:

„Amerg Company, London. Anklage gegen Moropoulos war nicht aufrecht zu erhalten. Freigesprochen und jetzt unterwegs nach England.“

Gespannt mag er mit Polizeipräsident.“

„Hm!“ bemerkt Amerg wieder. „Er ist freigesprochen? Das bedeutet schlechte Nachrichten für irgend jemand.“

Elsa fragt nicht, wer dieser irgend jemand ist, ne wunderte sie, daß er ihr solch ungemeines Vertrauen entgegenbrachte. Aufmerksam wurde er erst jetzt gewahrt, daß er ihr das Kabel zum Recken gegeben hatte, denn er zog es beinahe an sich.

„Das ist alles!“ sagte er kurz. „Ich werde nach Ihnen fliegen. Sobald ich Sie brauche, aber es wird eine Zeitlang dauern.“

XXXI

Mr. Tupperwills Haus in Grösserer Platz war das Muster eines Haushaltes, wie der eines Bankiers sein soll. Nebenall, vom Boden bis zum Keller, herrschte Ordnung. Sauberkeit und aufgeräumter Augus. Es war ein Haus, in dem alles nach einem

Schemma ging, das um halb sieben am Morgen begann, wenn die Magd das Feuer im Küchenherd anbrannte und den Ofen anföhrt, und halb zwölf am Abend endete, wenn der Diener jüngst die Haustür abriegelte, die Türe zur Speisekammer abschloß und das letzte Licht auf dem Vorraum auslöschte.

Jeden Abend konnte Mr. Tupperwill an Hand einer sauber gelegten Tabelle, die immer im obersten rechten Ast eines Schreibmöbelns aufbewahrt wurde, feststellen, was jeder Dienstbote machte, in welchem Zustand jedes Zimmer sich befand und wieviel Benz in dem Behälter jedes seiner Automobile war. Donnerstag nachmittag um fünf Uhr ließ sich Mr. Tupperwill vom Fernsprecher die genaue Zeit jagen, und nachdem er seine Taschenuhr auf die Sekunde gestellt hatte, ging er durch die Frühstückszimmer und legte seine unzähligen Uhren auf und stellte sie. Die Sammlung von Uhren war nicht die größte Liebhaberei Mr. Tupperwills.

Das Frühstück, das er jeden Morgen um halb neun einnahm, bestand aus zwei schwarz gebratenen Steaks mit einer Scheibe gebratenem Speck, drei Scheiben Toast und zwei Tassen Kaffee. Er aß niemals mehr und niemals weniger. Nach dem Frühstück übertrug er drei Finanzzeitungen, die neben ihm zusammengefaltet lagen und las dann von Finanznotizien der Times. Fünfundzwanzig Minuten nach neun, beinahe auf die Minute genau, ging er auf den Vorraum, wo ihm der Diener in seinen Pelz half, und gewöhnlich schlug es gerade halb, wenn er die Treppe zu seinem wartenden Wagen hinabstieg. An der Türe verabschiedete sich sein Diener von ihm, indem er je nach dem meteorologischen Zustande bemerkte, daß es ein kalter oder warmer, ein nasser oder trockener Tag sei. Mr. Tupperwill hatte die Wohnungheit, mit der Auslage des Dieners vollkommen übereinstimmen. Das war der einzige Augenblick, wo sie nicht miteinander verkehrten, denn alle anderen Tagesneuigkeiten, mit Ausnahme des Wetters, wurden Mr. Tupperwill durch seinen Kammerdiener mitgeteilt.

An diesem Morgen aber brach der Bankier mit seinen Geheimnissen, denn er Klingelte dem Diener, noch bevor er seine Frühstück beendet hatte.

„Weils, ich habe für heute abend einige Gäste eingeladen.“

„Kawohl Sir!“ entgegnete Weils und wunderte sich, welche Gäste Mr. Tupperwill eingeladen haben konnte. (Fortsetzung folgt)

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebertragen von Max E. Schirmer

49)

„Ich möchte, daß Sie diesen Brief aufbewahren, so daß Sie ihn zu jeder Tages- und Nachtstunde erreichen können“, sagte er sehr schnell sprechend. „Vielleicht ist Hallam nicht so schlecht, wie ich denke. Wenn er aber besser ist, habe ich mich sehr gefügt.“

„Bewahren Sie ihn so auf, daß er Ihnen immer zur Hand ist!“ befahl er und seine Gereiztheit schwanden. Wenn Hallam Schwierigkeiten macht, oder Sie in eine Lage kommen, in der Sie sich nicht zu helfen wissen, geben Sie ihm diesen Brief!“

Aber Major Amerg, ich kann wirklich nicht verstehen, wovüber Sie sprechen. In welche Lage kann ich kommen?“ logte sie, während sie den Brief unentzlosen in der Hand hielt und es erst dann die Aufschrift betrachtete.

„Tragen Sie ihn sofort in Ihre Handtasche und nachts legen Sie ihn unter das Kissen! Wenn Hallam jemals vergessen sollte, was Ihnen passiert — ich will es klarer ausdrücken — wenn Sie jemals Angst vor ihm empfinden, geben Sie ihm den Brief!“

Sie schnitt lächelnd den Kopf und hielt ihm den Brief entgegen.

Lingeskabinett im Staatereich?

Sozialisten zur Regierungsummierung bereit

Paris, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der herkömmlichen Tradition folgend hat der Präsident der Republik Doumergue am Dienstag die Präsidenten von Kammer und Senat, die Vorsitzenden der großen Kommissionen und die Parteiführer empfangen, um seine Meinung über die Nachfolge Tardieu anzuhören. Vor Mittwoch abend wird er aber voraussichtlich den Auftrag zur Kabinettsumbildung nicht vergeben. Inzwischen hat Poincaré erklärt lassen, daß er sich gesundheitlich noch nicht stark genug fühle, um das Amt des Ministerpräsidenten wieder zu übernehmen; er wolle sich noch einige Monate der Erholung gönnen.

Die Sozialistische Kammerfraktion nahm am Dienstag eine Entschließung an, in der es heißt, daß eine Linkskabine gebildet werden müsse. Die Sozialisten seien bereit, eventuell selbst die Regierung zu übernehmen, seien aber ebenso bereit, ein von den Radikalen gebildetes, ausgeschlossenes Linkskabinett zu unterstützen. Die Grands-Bouillons-Radikale wünschen eine republikanische Linkskonzentration.

In Erwartung der Entscheidung des Präsidenten der Republik über die Nachfolge Tardieu gefällt sich die Pariser Presse in den tollsten Kombinationen. Alles was auch nur eingeräumt ist, daß Tardieu siebzehn, verlangt selbstverständlich, daß Tardieu wieder bestimmt werden müsse, da man mit Bedauern hinzufügt, Poincaré noch nicht genug genau sei. Man ist sich allerdings darüber klar, daß die Wiederberufung Tardieu ein Verstoß gegen die Tradition der dritten Republik sein würde, da die Anerkennung eines Politikers aus der rechten Opposition verlangt. Man glaubt jedoch, diesen Einwand mit dem Hinweis abtu können, daß Millerand diesen Verstoß schon einmal gewagt habe.

Der radikale Parteiführer D'Aladier hat ebenfalls alles Recht auf seiner Seite, wenn er am Mittwoch in der "République" erklärt, daß das entscheidende Misstrauensvotum gegen Tardieu eine geschlossene Linksmehrheit zusammengeschafft habe und daß daher diese Mehrheit die Regierung bilden müsse. Der Radikale D'Aladier als der stärkste Linkspartei falle die Aufgabe zu, die Führung der neuen Mehrheit zu übernehmen. Sie müsse dies tun in gewissenhafter Erfüllung ihrer Wahlversprechungen d. h. unter strenger Abstimmung einer Fusions mit den Rechtsparteien. Der gleichen Ansicht gibt Leon Blum im "Populaire" Ausdruck. Auch er erklärt, daß die Wiederberufung Tardieu nicht in Frage kommt.

Die Sozialistische Partei werde jedoch keine Linkskabine energisch unterstützen, aber ein Kabinett, das die Interessen von rechts und links unter legend einer Verschleierung zusammenhält, wolle werden auf eueropäische Opposition stoßen.

Man darf erwarten, daß der Präsident der Republik am Mittwoch abend zunächst radikale Politiker, etwa Chautemps oder Sarraut, zu sich berufen wird.

Adolf Köster gestorben

Belgrad, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der deutsche Gesandte in Jugoslawien, Dr. Adolf Köster, ist am Dienstagabend gestorben. An sich hatte Dr. Köster auch die zweite Operation gut überstanden. Am Dienstag lief das Herz jedoch immer mehr zu wünschen übrig. Den Tag über schlief der Patient. Abends gegen 8 Uhr wurde er auf und zeigte sich nochmals bei vollem Bewußtsein. Bald darauf ist Dr. Köster sanft entschlafen. Um 7 Uhr 20 Minuten stellten die Arzte den Tod fest. Am Totenbett weinte Frau Dr. Köster mit ihren Söhnen.

Dr. Köster wird nach seinem Begräbnis in seiner Vaterstadt Bielefeld in Hamburg beigesetzt werden.

Dr. Adolf Köster, am 8. März 1883 als Sohn eines Zollbeamten in Werden (Westfalen) geboren, war in Hamburg ausgewachsen. Er besuchte dort Volkschule und Gymnasium und studierte später Philosophie. Mit 28 Jahren wurde er Privatdozent in München. Bald widmete er sich jedoch völlig dem Juristischen Beruf. Er schrieb eine Anzahl von Romanen, von denen besonders "Die lange Nacht" ihm einen guten Ruf als Romaniststeller eintrug. Der Sozialdemokratischen Partei hatte sich Köster schon in jungen Jahren angeschlossen. Er leitete eine Zeit lang vor dem Weltkriege die Redaktion der "Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart. Er unternahm auch kurz vor dem Kriege eine Reise, die ihn besonders nach den deutschen Kolonialgebieten in Afrika führte und die ihm ermöglichte, seine fremdsprachigen Kenntnisse zu vervollständigen.

Während des Krieges schrieb er als Kriegsberichterstatter Berichte für die sozialdemokratische Presse, sowohl von der Westfront wie auch von anderen Kriegsschauplätzen. Bezeichnend dafür, daß er dabei seine sozialistische Überzeugung nicht verleugnete, ist folgende Tatsache: Kürzlich erschien in einer Belgrader Zeitung wörtlich abgedruckt der Kriegsbericht, in dem Köster im Frühjahr 1916 die Einnahme von Belgrad durch die Truppen der Zentralmächte geschildert hatte. Das serbische Blatt betonte dabei, daß es diesen Artikel ausgespart und übersekt hätte als Beweis dafür, wie der feindliche Kriegsbericht in Jugoslawien auch mitten im Kriege objektiv über die erlebten Geschehnisse und über die feindlichen Truppen berichtet hätte.

Nach der Revolution war er zunächst als einer der nächsten Mitarbeiter Friedrich Eberts in der Reichsregierung tätig. Später betreute Ebert ihn, den im Schleswig-Holsteinischen Aufgewachsenen, mit der Vertretung der deutschen Interessen bei der schleswigschen Volksabstimmung. Das Ergebnis der Abstimmung in der zweiten Zone war trotz der wirtschaftlichen Nöte und politischen Wirken ein großer Erfolg für Deutschland. Diese Abstimmung gerade am Tage des Kapp-Putschs statt. Nach der Niederschlagung des Putsches und der Umbildung der Reichsregierung berief ihn der neue Reichskanzler Hermann Müller als Reichsaußenminister, was bei seinem damaligen jungen Alter — 37 Jahre — allgemein ein Aufsehen erregte. Es blieb nur wenige Monate in diesem Amt. Später wurde er in zweiten Kabinett Wirth Reichsminister des Innern und blieb es über ein Jahr, von Oktober 1921 bis November 1922. Er trat damals namentlich auf dem Gebiete der Personalpolitik energisch im republikanischen Sinne durchgegriffen. Nach dem Rücktritt Wirths wurde er Gesandter in Belgien und blieb dort bis März 1923, denn bestimmt man ihn endlich für den wichtigeren Posten, wo er sehr bald allgemeines Interesse und viel für die Verbesserung der deutsch-jugoslavischen Beziehungen leistete. Er gehörte zu denen, die für den demokratischen Postkofferwechsel in London am stärksten in Frage kamen.

Berlin, 19. Februar. (Eig. Junktbericht.)

Der Tod des deutschen Gesandten in Jugoslawien, Dr. Adolf Köster, hat allgemeine Teilnahme ausgelöst.

Die Berliner Morgenpost hat aller Richtungen widmet ihr warme Nachrufe. Mit seinen Familienangehörigen trauert die deutsche Sozialdemokratie, der sein Wille in erster Linie gegolten hat.

Der "Vorwärts" schreibt zu dem tragischen Schicksal, von dem Dr. Köster so plötzlich ereilt wurde: "Köster geht als einer der besten Männer der deutschen Diplomatie, als einer der besten Männer der deutschen Diplomatie, als er den Posten in der Hauptstadt Jugoslawiens beobachtet hat, den Posten bald nach seiner Ankunft eingeschlagen. Demokratische Diktatursystem die Arbeit des sozialdemokratischen Gesandten ergänzen. Kein Wunder, daß man nach Möglichkeiten umsucht, die außerordentliche Kraft besser

zu verwenden und daß man vielleicht in ihm den kommenden Vertreter der deutschen Republik bei der Weiterregierung in London erfindet. Köster hätte an jedem Posten, auf dem man ihn gesetzt hätte, ausgezeichnetes für das Reich geleistet und seiner Partei, an der er mit allen Fasern seines Herzens hing, Ehre gemacht. Er war vielleicht ein "Ehrgeiziger", aber er war es in großem Sinne. Sein Ehrgeiz war auf ein fachliches Ziel gerichtet, auf das Ziel für die Sache der Demokratie und des Sozialismus, Höchstleistungen zu vollbringen."

Robert Schmidt redet in Genf

Deutschlands Stellung zur Zollfriedenskonferenz

Auf der "Konferenz" füllt eine zusammengefaßte Wirtschaftskontaktion" schlug der englische Handelsminister Graham am Dienstag vor, eine Kommission zu ernennen, die sofort ein Programm für die späteren Verhandlungen über eine organisierte Beseitigung der Handelsbeschränkungen zwischen den europäischen Staaten ausarbeiten. Das leichte Ziel der Zollfriedenskonferenz sei ein organisiertes Freihandel. Besonderer Wert legte der Vertreter Englands daran, daß jede Spalte gegen die außereuropäischen Länder verhindert wird.

Der deutsche Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt führte u. a. aus: "Deutschland nimmt mit Genugtuung an einer Konferenz teil, auf der fast sämtliche europäischen Staaten vertreten sind und die sich die Aufgabe gestellt hat, Mittel und Wege zu finden, um zu einem Zollfrieden und zu einer wirtschaftlichen Annäherung der Staaten zu kommen. Der Völkerbund in seiner Struktur nach universal eingestellt. Solange aber einer universellen Lösung unüberwindbare Hindernisse entgegenstehen, muß eine Verständigung für einzelne Staaten Gruppen oder einen Kontinent vorangehen, d. h. zunächst eine europäische Wirtschaftskonsolidierung. Europa kann, abgesehen von den Folgen des Krieges, an dem Weltkriegsprotestismus und dem wirtschaftlichen Nationalismus der Neuzeit. Wenn wir erst die europäische Schichtungsgemeinschaft erkannt haben, wird der europäische Gemeinschaftsgeist langsam herantreten. Die Not eines einzelnen Staates muß Rückwirkungen auch auf andere Staaten hervorrufen. Die seit 1927 im Aufstieg befindliche Konjunktur Europas hat im Jahre 1929 den Höhepunkt überschritten und beginnt abzufallen. Die Rohstoffsförderung hat im letzten halben Jahre sinkende Tendenz, die Arbeitslosigkeit in Ost-Europa und in Großbritannien ist im Steigen begriffen, während sie im kontinentalen West-Europa noch bis zum Herbst 1929 sinkende Tendenz zeigte, aber dort immerhin der Tiefpunkt erreicht zu sein scheint.

Die besondere Lage, die sich für Deutschland ergibt, lädt sich wie folgt zusammenfassen: Kapitalknappheit, Reparationen, Arbeitslosigkeit, landwirtschaftliche Notlage und ungünstige Begleiterelationen der Nationalisierung. Deutschland befindet sich schon seit 1½ Jahren im Zeichen einer absteigenden Konjunktur, seit dem Herbst hat sich die Wirtschaftslage erheblich verschlechtert. Noch ist es nicht gelungen, in Deutschland selbst das nötige Kapital zu sammeln, um der deutschen Industrie und Landwirtschaft die Mittel zu ihrer Entwicklung zu zuladen. Durch Auslandscredite war es

wor möglich, den dringendsten Kapitalsbedarf zu befriedigen, aber Auslandskapital kann niemals die innere Kapitalbildung voll erschöpfen. Diese innere Kapitalbildung ist durch die uns anstrengenden Lohnen außerordentlich erschwert. Ein hoher Zins im Verhältnis zum Zinsen im Ausland ist die Folge, und dieser wiederum belastet die Rentabilität der Unternehmungen, hemmt den Aufbau und drückt auf den Arbeitsmarkt. Die gewaltige Reparationslast von durchschnittlich zwei Milliarden Reichsmark im Jahre kann auch auf die deutsche Wirtschaftspolitik nicht ohne Einfluß bleiben, denn sie zwinge uns stärker als je, eine Aktivität der Handelsbilanz anzustreben.

Den Gedanken eines Zollfriedens kann man vom Gesichtspunkte einer europäischen Verständigung aus nur begrüßen. Der vom Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes ausgearbeitete Entwurf scheint mir eine geeignete Diskussionslage, aber es scheint, als ob der Abschluß eines Kollektivvertrages über einen Zollfrieden keine große Aussicht auf Verwirklichung hat. Das würde leider den bisherigen Erfahrungen der wirtschaftlichen Konferenzen des Völkerbundes entsprechen. So ist das internationale Abkommen über die Ein- und Ausfuhrverbote noch nicht einmal geschlossen, weil zwei notwendige Ratifikationen noch fehlen. Deutschland ist aber auch bereit, jede andere Idee, die zum Zollfrieden führen könnte, objektiv zu prüfen. Wenn die vom Völkerbund zusammengefassene Konferenz zunächst die von europäischen Staaten gemeinsamen Sorgen und Rüte erörtert, so soll damit keine Spalte gegen außereuropäische Staaten gegeben sein. Gelingt es, den inneren europäischen Markt zu erweitern und die Kaufkraft der europäischen Massen zu stärken, so wird das auch den außereuropäischen Staaten zugute kommen, die Rohstoffe oder Waren nach Europa absezten.

Die demütige Volkspartheid

Weimar, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Volkspartheid Thüringens hat es bisher nicht für notwendig gehalten, sich offiziell zu der Wahlregelung ihres Mitglieds Dr. Siebert zu äußern. Es scheint neuerdings vielmehr, als ob man ver suchen will, auf dem Wege des Kuhhandels eine Verständigung zwischen Volkspartheid und Nationalsozialisten herzustellen.

Bolz-Bazille bleiben im Amt

Leipzig, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Verfassungsstreit-Sache der Sozialdemokratischen Fraktion des Württembergischen Landtages gegen die württembergische Regierung wurde der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion vom Staatsgerichtshof zurückgewiesen. Die Regierung Bolz-Bazille, die als verfassungswidrig zustandegekommen erklärt werden sollte, darf nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes im Amt verbleiben.

Solessi über das Liquidationsabkommen

In der Außenkommission des Senats hat Außenminister Solessi am Dienstag die politische Bedeutung des deutsch-polnischen Liquidationsvertrages hervorgehoben, der endgültig die feindseligen Beziehungen von einer Reihe von Streitigkeiten und drohenden Konflikten beseitigt habe. Das Abkommen liege in der von der polnischen Außenpolitik verfolgten Linie, die eine endgültige Stabilisierung der Verhältnisse und Stimmungen in Mitteleuropa anstrebe, was der sicherste Weg zur Festigung des Friedens sei.

Der ADGB zur Frage der Arbeitslosenversicherung

Der Bundesausschuß des ADGB hat am Dienstag auf seiner Tagung zum Arbeitslosenschutz und zur Finanzlage zwei Entschließungen angenommen.

Die Entschließung zur Arbeitslosenunterstützung lautet:

"Die anhaltende Krise des Arbeitsmarktes, durch die zurzeit bereits rund drei Millionen arbeitsfähige Menschen zur Unbeschäftigung, ohne Hoffnung auf baldige Wiedereinführung in den Produktionsprozeß, verurteilt sind, gibt den Gewerkschaften erneut Veranlassung, Regierung und Parlament auf die stetig wachsende Notlage dieser Arbeitslosen und der gesamten Arbeiterschaft hinzuweisen. Alle Bemühungen der Gewerkschaften, auf eine planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung hinzuwirken, sind bisher nicht zuletzt infolge der verfehlten Finanz- und Anleihepolitik des Reiches, erfolglos geblieben. Das völlige Daniederlegen des Baumarktes, der Ausfall der Notstandsarbeiten, sind Ergebnisse dieser von den Gewerkschaften bekämpften Politik.

Auf der anderen Seite versucht das Unternehmertum durch Bekämpfung der Sozialpolitik und planmäßige Verweigerung der unvermeidlichen sozialen Ausgaben, die gesamten Lasten der Arbeitslosigkeit einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Mit der Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung soll der erste Abbau der Löhne wirksam unterstützt werden.

In dieser Lage erneuern die Gewerkschaften mit um so größerem Nachdruck ihr Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Sozialpolitik, durch welche die Opfer der Wirtschaftskrisis bis zum Eintritt einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage ausreichend erhalten werden.

Die uneingeschränkte Aufrechterhaltung des Ausmaßes und der Lebensfähigkeit der gesamten deutschen Sozialversicherung ist das wichtigste Gebot der Gegenwart,

für dessen Erfüllung die Arbeiterschaft sich bisher schon und auch weiterhin zur Übernahme der erforderlichen Bemühungen gesetzt hat. Darüber hinaus kann aber in Zeiten ungewöhnlicher Arbeitslosigkeit auf die Finanznotwendigkeit um so weniger verzichtet werden, als die heutige Lage der Arbeitslosenversicherung durch die Verhinderung rechtzeitiger Betriebschöpfung von den bürgerlichen Parteien bewußt herbeigeführt ist.

Das Reich hat die Verpflichtung, den allein auf ihrer Hände Arbeit Angewiesenen in Zeiten höchster wirtschaftlicher Not beizustehen. Die Verpflichtung abzuwälzen auf die aus Beiträgen aufgestellten Rücklagen anderer Versicherungsträger weist der Bundesausschuß mit aller Entschiedenheit zurück. Weder die Jahresgemeinschaft, noch der bardeutsche Zugeist auf die Mittel der Invaliden- und Angeklagtenversicherung kann für eine Lösung der Finanzkrise des Reiches in Frage kommen. Eine solche Abwälzung der Verpflichtung des Reiches würde nur die Leistungen und Aufgaben dieser Versicherungsträger in Gefahr bringen, die Verwendung der Rücklagen zur Förderung des Wohnungsbaus unterbinden und damit die Arbeitslosigkeit wieder weiter festigen. Daher muß aufs schärfste jede derartige Lösung abgelehnt werden, die zugleich neue unerfüllbare Verpflichtungen und neue Verbindungen für die Arbeitslosenversicherung schaffen würde.

Die Herauslösung der für Notstandsarbeiten im Reichsetat bereitzustellenden Mittel muß entschieden angelehnt werden. Es wird im Gegenteil verlangt, daß im Reichsetat Vorrang getroffen wird, um die im letzten Jahre eingetretten Notstandsarbeiten entsprechend dem Umfang der Arbeitslosigkeit auszubauen.

Die Solidarität der Arbeiterschaft erfordert aber weiterhin auch Verbindung jeglicher Nebearbeit, die nicht zur Arbeitslosigkeit beitragen muß. Alle Verbandsvorstände wie auch die Arbeiterschaften in den Betrieben haben der Vorderseite, die heute denn je unterdrückt ist, den stärksten Widerstand entgegenzusetzen.

Der Bundesausschuß bezweckt es darüber hinaus, daß die Arbeiterschaft gegey hochstelle

Gefahren der Nationalisierung und Technisierung und zugleich vor dem steigenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dieses Ziel muß insbesondere durch eine erhöhte Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates und der gesteigerten Leistung der Arbeiter erreicht werden.

Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Nationalisierung sich ergebende Steigerung der Arbeitsintensität in ihren Schiedsgerichten keinerlei Rücksicht nehmen, weder durch Erhöhung der Löhne noch durch Verminderung der Arbeitszeit. Wenn sich die Nationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundstellung der Schlichtungsbehörden unabdingbar erforderlich.

Augenschein der Tatsache, daß sich die Nationalisierung bisher vornehmlich in einer Freisetzung von Arbeitsträgern ausgewirkt hat, ohne daß durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Senkung der Preise neue Kaufkraft geschaffen worden wäre, fordert der Bundesausschuß erneut eine schärfere Kontrolle der Kartelle und Monopolbetriebe und Überwachung der Preisgestaltung.

Die Entschließung zur Finanzlage lautet: Der Bundesausschuß des ADGB sieht in der Neuregelung der Reparationsfrage durch das Haager Abkommen einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der Befreiung der deutschen Gebiete, der Entspannung der internationalen politischen Atmosphäre, der dringend erforderlichen Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern.

Die Erfahrung der Reparationslast, die der "Neue Plan" für Deutschland bringt, bedeutet eine gegenüber dem Dawesplan unwesentliche Entlastung des deutschen Volkes. Diese Entlastung kann jedoch vorerst nicht, wie es wünschenswert gewesen wäre, in einer allgemeinen Steuerermäßigung zum Ausdruck gelangen. Sie muß zunächst Verwendung finden zur Gesundung und Neuordnung der Reichsfinanzen. Die gegenwärtige Notlage der Reichsfinanzen erfordert darüber hinaus noch die Erhöhung neuer, außergewöhnlicher Einnahmenquellen. Ohne Gesundung der Reichsfinanzen, der Herstellung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben, kann Deutschland nicht ihm gestellten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erfüllen. Gesunde Reichsfinanzen sind die Grundlage einer gesunden Wirtschaft und ebenso die Voraussetzung für eine beständige, dem technischen Fortschritt fortgeschritten Sozialpolitik.

Der Bundesausschuß des ADGB erhebt Protest gegen die immer wiederkehrenden Verluste sozialstaatlicher Kreise, unter Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Reiches, der Staat von seinen sozialen Verpflichtungen zu entbinden und damit die sozialen Garantien zu verlieren. Er verwehrt sich jeglicher Art, sei es auf sozialem oder steuerlichem Gebiete, eine Verschiebung der Haushaltverteilung zu ungünstigen der minderbevölkerten Bevölkerung herbeizuführen.

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual festzuhaltender Anteil des Nettoposten aller Steuerpflichtigen aus Bezug und Einkommen erhoben werden.

Der Abschluß der Reparationsverhandlungen hat klar geschafft über Deutschlands finanzielle Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern. Damit ist die Zeit gekommen für einen planmäßigen Aufbau des deutschen Finanzsystems. Die Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die Verbindung des Verwaltungssystems mit dem Stelle der Schaffung des Einkommenskodexes, die erforderlichen Umbauten des Finanzsystems sollten nunmehr unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Befreiung dieser Aufgaben muß sofort erfolgen, darf der Staat die Möglichkeit erholen, seine sozialen Ausgaben, entsprechend seiner steigenden Bedeutung, ins Leben zu rufen.

Nußbaum

Schmiedebrücke 20 • Kupferschmiedstraße 16

Gaststätte
Dienstag 18. Febr.
Mittwoch 19. " "
Donnerst. 20. " "
Freitag 21. "

Großes

Bockfest

Bockwürzen und Bockfleider gratis

Urgemülich • Humor • Stimmung
durch Humorist und Hauskapelle
vorsätzlich gehaltvoll, bekömmlich aus der Brauerei
Gegr. 1717 „Zum Nußbaum“ Gegr. 1717

Sehr preisw. Spezialität der Küche:
Bayr. Leberknödel mit Soße 0.40 M.
Paprikafleisch mit Butterknödel . . . 1.00 M.
Masigans mit Rotkohl und Klöße . . . 1.30 M.
Schinken in Burgunder, garniert . . . 1.35 M.
Schulzsalat mit gemischtem Gemüse . . . 1.45 M.

Sammler-Auszeigen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 15. Februar verstarb die Ehefrau unseres Freunden und Verbandskollegen, des Tischlers Hermann Krause 652

Frau Berta Krause
geb. Ansorge

im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Donnerstag den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, von Friedhof St. Nikolai, Cosel.

Am 15. Februar verschloß plötzlich durch Unglücksfall die Frau unseres Freunden u. Kollegen Hermann Krause

Frau Berta Krause geb. Ansorge
im Alter von 57 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die organisierten Tischler der L.H.B.-Werke A.G.

Beerdigung: Donnerstag, 20. Februar, 16 Uhr, von der Halle des St. Nikolaitriedhofs in Cosel. 651

Am 16. Februar verstarb plötzlich an Herzschlag unser Kollege, der Brauer

Reinhold Bosien

im Alter von 65 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kollegen der Freiw. Bestattungsbehörde der Schuhthöf-Pfaffenhofer Brauerei, Abt. 5, Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Kapelle des Oswitzer Friedhofs, Tor 6, Halle II. 648

Am 16. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied, die

Witfrau Ida Wosch
geb. Weißell

im Alter von 65 Jahren.
Ihr Andenken werden in Ehren halten 32

Die Mitglieder der Begräbniskasse „Ardilomedes“

Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Paulus in Cosel.

Am 16. Februar verstarb nach langem Leiden mein geliebter Sohn

Kurt Debschütz
im Alter von 43 Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt an;
Breslau, Alsenstr. 10, den 19. Februar 1930

st Die tieftrauernde Mutter
nebst Geschwistern.

Einsäherung: Freitag, den 21. Februar nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Breslau

Am Montag, d. 17. Februar 1930, 11,7 Uhr früh, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Maurer

Josef Herrmann
im Alter von 59 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau

Beerdigung: Donnerstag, 20. Februar, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Laurentiusfriedhofs. 650

WAPPENHOF

Heute Mittwoch,
Donnerstag und Freitag ab 4 Uhr
Große Nachmittags-Vorstellung

mit dem 2. neuen Februar-Programm.

Heute Mittwoch und morgen Donnerstag ab 8 Uhr:

Abendvorstellung mit Ball

2 Kapellen. :: Eintrittspreise: Nachmittags 30 Pf., abends 50 Pf. einschl. Ball. 610

Bräuers Feställe

Gebitzstraße 22 645

Heute Mittwoch:

Verkehrter Ball

Jeden Sonntag: **Gesellschaftszam**

Empfehlenswerte Bücher

Der langerwartete Schlussband der „Vollkommenen Ehe“!

Soeben ist erschienen:

Van de Velde III

Die Fruchtbarkeit
in der Ehe

und ihre wunschgemäße Beeinflussung

XVI und 424 Seiten Lexikonformat,
20 Bildtafeln und 20 Seiten Erklä-
rungen zu den Tafeln.

In Ballonleinen RM. 16.—

Gumbel:

Verräter verfallen
der Feme brosch. 4.— Leinen ... 6.—

Tureck:

Ein Prolet erzählt... 5.—
broschiert 3.20, Leinen ...

Soeben erschien
Michail Scholochow

Der stille Don

Der Roman einer leiden-
schaftlichen, tragischen
Kosakenliebe. Zugleich
der erste russische
Kriegsroman. 482 Seiten
Brosch. 5.—
Ganzl. 7.—

Francé:

Tier und Liebe

Geschichten von
Unterdrückten
und Verkannten.

nur 2.—

Gaeblers Handatlas mit
Ortsregister ½ Leder nur 15.00
Leo Trotzkis Mein Leben
Leinen 12.50
Karl Marx: Das Kapital
2 Bände 7.50

DAS GUTE VOLKSWACHTBUCH

Stadt-Theater

(Opernhaus)

Mittwoch
19.30 bis gegen 22 Uhr
Abonn.-Vorstellung B 13

Tannhäuser

u. der Sängerkrieg auf Wartburg

Donnerstag
20 bis nach 22,15 Uhr
Abonn.-Vorstellung E 13

Die Geisha.

Freitag
19.30 bis gegen 22 Uhr
Abonn.-Vorstellung C 13

Die Hochzeit des Figaro.

Lobe-Theater

Telefon 64747

Mittwoch, Donnerstag
20.15 Uhr.

Trojaner.

Freitag 20.15 Uhr:

1. Komedie-Gottspiel des

Neuen Theaters, Berlin

mit Max Adalbert

Zum ersten Mal!

Das Parfüm meiner Frau

Gottspiel von Leo Lenz

Sonnabend 20.15 Uhr:

2. Komedie-Gottspiel des

Neuen Theaters, Berlin

mit Max Adalbert

Zum ersten Mal!

Der Walzer

von heute Nacht

Schauspiel

von Heinrich Ugnatius

die dazu gehörige Musik

von Franz Lehár.

Grammophon Schrift.

mit Doppelseitendrehzweier

68.— Mit. verlaut 7128

Erwin Barnstorff

Goldene Radegasse 10, im Hausschl. I.

Heil- und Rücksalbe

hautbildend, schwerg. juckstillend.

Hygieia-Apotheke

Breslau, Tautenburgstraße 91

Ecke Grünstraße.

Zwei Kinderbettstellen ver-

lauten Hanke, Kanstraße 69.

Rubbau-Malztonnenmodell

2 Maßnahmen mit weissen Mar-

mor verlaut Newladomino

Hirschstraße 62. 7127

Zwei Kinderbettstellen ver-

laut Hanke, Kanstraße 69.

Für Baumeister

Architekten

Technische-Büros

Entwurfs und technische

Papiere, Lichtpapiere

und Apparate Zeichnungs-

-verschiedenen Systeme Reiß-

bretter Reißbretter Traktions-

Maßstäbe Rechenstabreiter u.

alle übrigen Zeichengeräte

Sehr preisw. Spezialität der Küche:

Bayr. Leberknödel mit Soße 0.40 M.

Paprikafleisch mit Butterknödel . . . 1.00 M.

Masigans mit Rotkohl und Klöße . . . 1.30 M.

Schinken in Burgunder, garniert . . . 1.35 M.

Schulzsalat mit gemischtem Gemüse . . . 1.45 M.

Sehr preisw. Spezialität der Küche:

Bayr. Leberknödel mit Soße 0.40 M.

Paprikafleisch mit Butterknödel . . . 1.00 M.

Masigans mit Rotkohl und Klöße . . . 1.30 M.

Schinken in Burgunder, garniert . . . 1.35 M.

Schulzsalat mit gemischtem Gemüse . . . 1.45 M.

Sehr preisw. Spezialität der Küche:

Bayr. Leberknödel mit Soße 0.40 M.

Paprikafleisch mit Butterknödel . . . 1.00 M.

Masigans mit Rotkohl und Klöße . . . 1.30 M.

Schinken in Burgunder, garniert . . . 1.35 M.

Schulzsalat mit gemischtem Gemüse . . . 1.45 M.

Sehr preisw. Spezialität der Küche:

Bayr. Leberknödel mit Soße 0.40 M.

Paprikafleisch mit Butterknödel . . . 1.00 M.

Masigans mit Rotkohl und Klöße . . . 1.30 M.

Schinken in Burgunder, garniert . . . 1.35 M.

Schulzsalat mit gemischtem Gemüse . . . 1.45 M.

Sehr preisw. Spezialität der Küche:

Bay

Breslauer Nachrichten Der Leidensweg der Breslauhilfe

In der "Schlesischen Volkszeitung" wird heut mitgeteilt, der preußische Innensenminister Grzesinski habe dieser Tage an den Breslauer Regierungspräsidenten Dr. Jaenke einen Ertrag gezeigt, in dem er die Bereitstellung von Staatsmitteln für die Breslauer Kommune bis auf weiteres ablehnt, und den Regierungspräsidenten bittet, seinerseits neue Vorschläge zur Sanierung der Breslauer Finanzen dem preußischen Innensenministerium zu unterbreiten. Weiter wird gesagt, das preußische Innensenministerium wie das preußische Finanzministerium schenkt, wie verlaufen, angesichts der zahllosen Bittschriften aus allen Teilen Preußens vorläufig keine Möglichkeit, nach der einen oder anderen Seite Ausnahmen in der Finanzierung zu machen, da bei einer Verstärkung eines Teiles der Städte sofort die anderen Kommunen mit ihren Forderungen kommen würden. Man sieht an zuständiger Stelle im Ministerium nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Kommunen sich selbst helfen müssen, und daß dann erst der Staat eingreifen könnte, wenn die heimliche Stadt auf Heller und Pfennig nachweise, daß sie selbst zur eigenen Verwaltung nicht in der Lage sei. Vorläufig glaubt man, nach den bisherigen Vorschlägen, im Falle Breslaus nicht, daß die Lage der städtischen Finanzen hoffnungslos ist. Aus diesem Grunde habe man den Regierungspräsidenten um umfangreiche Vorschläge gebeten, und man erwarte bei aller Auseinandersetzung der kulturellen Bedeutung Breslaus im Berliner Ministerium, daß die Stadt Breslau den Ausgaben-Etat auf das übernotwendige eingeschränkt werde, genau wie es jetzt allen anderen preußischen Städten von Berlin aus empfohlen wird.

An diese Mitteilung werden Bemerkungen geknüpft, die einen Vorwurf gegen Minister Grzesinski enthalten, als ob dieser noch besonders von der Not der Stadt Breslau überzeugt werden müsse. In Wirklichkeit hat die preußische Regierung einen Antrag an das Reich gestellt, die Kosten für die Unterstützung der ausgesteuerten Erwerbslosen in Breslau zu übernehmen, soweit ihre Zahl über dem Reichsdurchschnitt liegt. Minister Seeherr hat sich dafür stark eingesetzt, leider aber ist der preußische Antrag in einer Besprechung der Reichsregierung abgelehnt worden. Das Reich habe nur mit den Ändern, nicht aber mit den Gemeinden zu tun, und eine Sonderstellungnahme für Breslau würde zu alterlei Konsequenzen führen. Danach ist dem Genossen Grzesinski natürlich nichts anders übrig geblieben, als das, was er dem Regierungspräsidenten geschrieben hat. Trotzdem dürfen wir die Hoffnung auf eine besondere Hilfe für Breslau nicht aufgeben, müssen sie vielmehr weiter energisch fordern, denn sie ist notwendig, und in der besonder schwierigen Lage unserer Stadt begründet. Denn in keiner anderen Stadt des Reiches liegt seit langem die Wirtschaft so daneben, wie bei uns in Breslau, überhaupt dürfen die städtischen Körperschaften und die Wirtschaftsorganisationen nicht locker lassen. Je schwieriger die notwendige Hilfe zu erreichen ist, um so entschiedener muß sie gefordert werden. Die Stadt Breslau hat in jahrelangem Bezug auf solchen Bemühen nicht fehlen lassen. Doch zurzeit sind die Kräfte zu sehr erschöpft, als daß die Stadt durch Selbsthilfe wieder gehunden könnte.

Der Milchkrieg in der Gräbschener Straße

Im Hause Gräbschener Straße 67 besteht ein Milchgeschäft, das vor drei Wochen den Besitzer gewechselt hat. Der neue Inhaber sucht sich durch billigeren Preis Kunden zu verschaffen und verkaufte die Milch zu 20 Pf. das Liter, während sonst der Preis 22 Pf. beträgt. Begründlicherweise behauptet das der Konkurrenz nicht; im ganzen Stadtviertel sollen die Milchgeschäfte seitdem schwerer Anger mit der Randschaft haben. Schließlich erhielt der neue Geschäftsinhaber von der Breslauer Molkerei folgende Postkarte:

Breslau, den 5. Februar 1930.

Herr Göbel, Gräbschener Straße 67.

Wie uns mitgeteilt wird, verkaufen Sie die Milch unter dem üblichen Kleinhandelspreis. Ohne Sie irgendwie bevorzumten zu wollen, empfehlen wir Ihnen, die allgemein üblichen Kleinhandelspreise von 24 Pf. für einen Liter Milch zu halten. Vereinbarungsgemäß würden wir sonst im Auftrag der übrigen Interessenten einen Klingelwagen vor Ihrem Geschäft stehen lassen und die Milch noch unter dem von Ihnen geforderten Preis verkaufen, womit Ihnen sicherlich nicht gedient wäre.

Hochachtungsvoll

Breslauer Molkerei, e. G. m. b. H.

Der Direktor.

Doch Herr Göbel braucht Kunden, und so verkaufte er weiter die Milch zu 20 Pf. Er steigerte auf diese Weise den täglichen Umsatz von 30 Litern bei Übernahme des Geschäfts auf 100 Liter. Deshalb hat auch die Breslauer Molkerei mehr gemacht, was sie auf der Karte androhte. Seit heute früh hält vor dem Hause ein Klingelwagen und verkauft die Milch zu 18 Pf. Die Hausfrauen der Gräbschener Straße sind also gut dran. Bei Herrn Göbel hauptsächlich zu 20 Pf. bestimmt einwandfrei, denn die Konkurrenz läßt sie täglich unterschlagen. Und gute Molkereimilch kostet sogar nur 18 Pf. Ja, man will den Preis sogar bis auf 14 Pf. herabsetzen, bis der lästige Konkurrent zu Grunde gerichtet ist. Wie denn aber, wenn die Randschaft in ganz Breslau nur 18 Pf. zahlen will? Wenn die Breslauer Molkerei in der Gräbschener Straße zu diesem Preis verkaufen kann, dann wohl auch sonst in der Stadt. Nur, wenn Herr Göbel dabei bestehen kann, dann die Molkerei doch hoffentlich auch. Man darf auf den weiteren Verlauf des Milchkrieges gespannt sein.

Zur Erhaltung der Breslauer Oper

Der preußische Ministerpräsident Braun hat an Kultusminister Grimm und Finanzminister Höpker-Ulfkaff einen Schreiben gerichtet, wonach er unter Aufführung von Eingangsbeschlüssen arbeiten will. Mittel- und Wege zu ermöglichen, die es ermöglichen, die Oper in Breslau und Königslustig zu erhalten.

Damit ist die Breslauer Opernfrage in ein neues Stadium getreten. Es dürfte nun in Gemeinschaft mit der Stadt Breslau geklärt werden, unter welchen Umständen und in welchem Umfang sich die Oper erhalten lässt. Hoffentlich wird dabei ein Weg für die Stadt ermöglicht.

Eine Tennis-Session des ZdA.

Heute in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus begründet worden. Wie sehr dieser früher rein bürgerliche Sport zweig in den Angestellten Eingang gefunden, bewies die heutige Befragung von 68, davon begrüßenswerter Weise 41 weibliche Angestellte. Kollege Trainer Herko Reiter entwickelte in einem spannenden Referat Art und Technik des sozialistischen Tennisgedankens, nach dessen Beendigung und Diskussion 41 Anwesende ihren Beitrag ammelierten. Eine Zahl die sich noch mehr erhöhen dürfte und zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Auf der Sternschanze

Über durch den Hauptbetrieb des Arbeitsamtes — Wie es in dem alten Arbeitshaus aussieht
Der Massenansturm — Langes Warten — Wann und wo erlebt das neue Arbeitsamt?

Arbeitslos! Dieses eine Wort birgt soviel Tragik in jeder Beziehung, daß sie nur der voll und ganz zu ermessen vermag, der einmal längere Zeit Stempeln gegangen ist.

Arbeitslos! Ins Riesenmaße ist die Zahl derer gestiegen, die monoton das eine Wort heraushalten, wenn man sie nach ihrer Bezeichnung fragt. Es gibt wohl heute in Breslau keine Proletarierfamilie, die nicht an der Reservearmee beteiligt ist, die durch die große Krise der kapitalistischen Wirtschaft rekrutiert wird. Neben Abbau, Betriebs einschränkungen und im gleichen Schritt wächst die Zahl der stillgelegten Arbeitskräfte.

Ob man vormittags auf die Sternschanze geht, oder auf die Posener Straße, die Schuhstraße, den Sonnenplatz, oder die Althäuserstraße, überall das gleiche Bild. Ein unauslöschliches Kommen und Gehen riesiger Menschenmassen, wie es heute an keinem Breslauer Industriegebiet mehr wahrgenommen ist, weder in den frühen Morgenstunden oder nach Arbeitsaufschluß. Das Arbeitsamt mit seinen Zweigstellen ist der bevölkerteste Betrieb. Und was für Menschen sind es, die fast jeden Vormittag unterwegs sein müssen, um ihre Angelegenheiten zu erledigen. Junge und alte, Männer und Frauen, alles ist an dem großen Heer der Arbeitslosen beteiligt. Immer wieder sprechen heute honeste Bürger, aber auch indifferente Arbeiter, die noch nicht einen Tag Stempeln gegangen sind, gedankenlos das Zeug nach, das aus interessierten Kreisen geschickt unter das Volk gebracht wird. Die Leoparden von den "Arbeitsheuern" und den losglosen "Stempelbrüdern" werden immer wieder losportiert.

Was, schon drei Jahre arbeitslos, Nein, ich hätte da schon längst Arbeit gefunden! Diese unglaubliche Frage, verbunden mit dieser Antwort, wird öfter ausgesprochen, als man denkt. Wenn heute einer noch seine gerechte Beschäftigung hat, und sei sie noch so miserabel, dann kann er sich eben nicht vorstellen, was es heißt, "tippen" zu gehen. Freilich gibt es unter den Arbeitslosen auch verkommen Elemente, aber man kann den Aussassungen nicht scharfs genug entgegentreten, die hier gleich immer mit Projektzahlen operieren und etwa behaupten möchten, daß mindestens hundert Prozent der Arbeitslosen gar kein Interesse an Arbeit haben. Mancher Neumarktlupe, der in dieser Weise von Erwerbslosen sprach oder gar das "seine Einkommen" bezerte, hat schon, wenn ihn selbst das Schicksal ereilt, erfahren müssen, was Fabel und was Wahrheit ist.

Ein, zwei, drei Jahre stampeln gehen, verbittert ganz naturnotwendig. Kommt einer ja einmal irgendwo unter, dann ist er in seiner neuen Arbeitsstelle der zuletzt Eingestellte und wenn es ans Entlassen geht, ist er deshalb auch wieder der erste, der fliegt. So kommt ein Arbeitsloser immer wieder zurück in die Reservearmee. Die andere Seite sieht ähnlich aus. Wird wo eine Arbeitskraft gebraucht, dann bittet sich der Arbeitgeber schon aus, doch man ihm nicht etwa einen schickt, der schon jahrelang aus dem Beruf heraus ist. Die Folge ist, daß viele Proletarier noch nie das nicht sehr angenehm mundende Brot der Arbeitslosenversicherung essen brauchen, während andere immer wieder den Gang zum Arbeitsamt antreten müssen.

Arbeitsamt! Davon hat gar mancher auch eine ganz falsche Vorstellung. Dieses alte Zuchthaus in der Sternschanze und in der Sternstraße ist das Trostloste, was man sich vorstellen kann. Von außen grau und düster und auch innen die verlorpte Trostlosigkeit. Vor Schmutz starende Wände, primitive Holzverschläge, die die Abschottungsräumlichkeiten von den Arbeitsräumen des Personals trennen, Aborteinrichtungen, die nichts weniger als einladend und vor allem bei dem Massenverkehr vollkommen unzulänglich sind und über allem eine atemberremende Stinkust von schlechtem Tabaksqualm, weil, wie das ganze Gebäude, auch die Lüftungsmöglichkeiten unzureichend sind. Wer vor mehreren Jahren, als der Arbeitslosenbetrieb in diesen Gebäuden noch neu war, aus- und einging, findet auch heute noch nichts verändert. Das Schildchen, das an einer Tür prangte, "Ankleide Raum für Weiber", eine Überlieferung aus dem Sprachgebrauch des Arbeitshauses, ist allerdings verschwunden. Das scheint aber auch das einzige zu sein.

In diesen deprimierenden Bau sollten alle die Leute immer einmal einen Vormittag hineingehen, die sich bei angebrachten und unangebrachten Gelegenheiten bemüht fühlen, über Kulturhölle und so zu sprechen. Hier strömen tagaus, tagbei die ärmsten aus den Reihen des Proletariats zusammen. Nichts ist, was ihnen in dieser Umgebung bei Stundenlangem Warten das Gefühl geben könnte: „Wir sind doch nicht von unserer Welt ganz vergessen und unbeachtet“. Wenn hier einer durch ein Scherwort seine mit ihm wartenden Leidensgefährten einmal lachen kann, dann ist er höchstens als Lebensläufer zu bewundern, nicht aber einzugruppiert in den Kreis der „vergnügten Mülligänger“, die sich „ins Fäustchen lachen“.

Wie auf der "Schanze", so gibt es auch an den anderen bereits erwähnten Stempelstellen und Zahlstellen ein Stundenlanges Warten. Das gewaltige Anwachsen der Erwerbslosenziffer, die immer noch nicht vollendete Umorganisation des gesamten Abschottungsbetriebes bedingen, daß nicht alles so reibungslos vor sich geht, wie es wünschenswert wäre und bleibt es nicht aus und dann es auch gar nicht ausbleiben, daß auf die Beamten geschimpft wird. Meistens sind es zwar ganz kleine Beamten, sondern Angestellte, die zu einem Teil selbst den Leidensweg gegangen sind. Diese Leute sind die einzigen, mit denen die Arbeitslosen etwas zu tun haben, mit denen sie verbünden können und von denen sie behandelt werden. Ein

Kleogel unter den 200 Angestellten des Breslauer Arbeitsamtes kann seine ganze Kollegenschaft in Misstrauen bringen. Gerade an solche Stellen gehören Menschen, die zunächst einmal menschlich denken und fühlen können und erst in zweiter Linie das Schema P vor ihre Arbeit stellen. Im Arbeitsamt ist eine harte Arbeit zu leisten und wenn auch ein sehr großer Teil der Erwerbslosen Ansicht genug ist, daß die abseitigsten Angestellten die ungeeignete Stelle sind, verächtliche Schimpferien an den Mann zu bringen, so ist doch mancher zu leicht geneigt, in dem schuftenden Angestellten den „bösen Mann“ zu sehen. Es sind auch Proletarier und gar mancher ist gerade deshalb auch ein Psychologe. „Kund 7000 Stempel muß ich an einem Vormittag in die mir vorgelegten Stempelkarten machen“, erklärt mit einer.

Die Erwerbslosen haben ein Recht, anständig und als Menschen behandelt und in allen ihre Arbeitsfähigkeiten betreffenden Fragen beraten zu werden und wenn immer wieder Klagen über einen schnippischen Ton in der Fraueneabteilung am Sonnenplatz laut werden, so sei an dieser Stelle die Verwaltung einmal darauf hingewiesen, nach dem Rechten zu leben. Außerdem können aber auch die Proletarier im Arbeitsamt, die zu einem großen Teil gewissenhaft ihre Berufsaarbeit erfüllen, ihrerseits verlangen, als Menschen behandelt zu werden. Beschwerden über unchristliche Benehmen wird von den vorgezogenen Stellen sehr streng nachgegangen, das wissen die Angestellten am besten. Es soll jedenfalls Arbeitsstätten geben, deren Berufstätigkeit nicht neidisch sein sollen auf das Arbeitsamt, und das will man auch ganz gerne glauben.

Wenn man so durch den Hauptbetrieb des Arbeitsamtes Sternschanze-Sternstraße geht, muß man zu der Überzeugung kommen, daß die Freiheit nach dem neuen Arbeitsamt dringend ist. Wenn es in einzelnen Nebenstellen, etwa bei Althäuserstraße, auch nicht mehr so primitiv und schäbig aussieht, so ist doch der Hauptbetrieb dringend räumungsbedürftig. Wenn angehende der Baupläne heute nicht mehr ein Preisniveau mehr für Umbauten in den alten Räumen hinzugestellt wird, so ist das vollkommen richtig. Und wenn in den letzten Jahren nichts getan worden ist, so sicher auch nur im Hinblick auf den zu schaffenden Neubau. Über die diesbezüglichen Pläne müssen endlich einmal in die Tat umgewandelt werden. Am 1. Mai 1931 soll das neue Arbeitsamt in der Lorenzgasse dem Betrieb übergeben werden. Nun hört man, daß schon wieder ein anderes Projekt aufgetaucht sein soll, und man sich nun wieder noch im Unklaren ist. Wenn der Erfahrungstermin innehaltenden Stellen endlich einmal ganz definitiv entschieden, ein in jünften Monaten zu eröffnender Betrieb muß doch, um fertig zu sein, auch recht bald zu bauen begonnen werden.

Jugendliche Einbrecherbande erwischen

Die fünf Einbrecher haben bereits 29 Wohnungseinbrüche gegebe — Mit welcher Freiheit gearbeitet wurde

Die Kriminalpolizei konnte in den letzten Tagen eine fünftägige Einbrecherbande hinter Schleier und Riegel bringen, die seit Anfang November vorigen Jahres nicht weniger als 29 Wohnungseinbrüche ausgeführt und dabei Kleidungsstücke, Wäsche, Wertpässen, Schreibmaschinen und andere Gebrauchsgegenstände im Gesamtwert von circa 9000 Mark erbeutet hat. Die Festgenommenen sind der 19jährige Maurerlehrling Erwin Thiel, der ebenfalls 19 Jahre alte Arbeiter Walter Turski, der 20jährige Kutschner Herbert Turski, der 20jährige Hauseigentümer Fritz Melketteller und der 36 Jahre alte Kaufmann August Kotlara.

Die 20 Einbrüche, deren sie bisher überführt werden konnten und die sie deshalb auch eingestanden, wurden verübt in der Althäuserstraße, Lehndamm, Neuschäferstraße, Hummelreihe, Gräbschener Straße, Herdannstraße, Viktoriastraße, Goethestraße, Antonienstraße, Alexanderstraße, im Hauptbahnhof, Neidorfstraße, Vorstraße, Kohlstraße, Berliner Straße, Moltkestraße, Museumsplatz, Bohrauer Straße und Sadowstraße.

Ein großer Teil der Brote konnte noch in den Wohnungen der Einbrecherbande, ein anderer Teil in Leihäusern ausfindig gemacht und beschlagnahmt werden. Mit welcher Raffinesse die Burschen zu Brot gingen, zeigen einige Fälle aus ihrer Praxis. Eines Vormittags waren sie in einer Wohnung eingebrochen, die von der Inhaberin wegen Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten auf kurze Zeit verlassen worden war. Während sie bei der Arbeit waren, sprach ein Gewerbetreibender vor, den sie mit der Mitteilung abschwärzten, daß er noch einmal wiederkommen solle, da die Wohnungsinhaberin zur Zeit nicht zu Hause sei. Als die Betroffene wieder kam, hörte er von der inzwischen zurückgekehrten Geschäftsführer, daß er mit den Einbrechern geprahnt hatte, welche in die Wohnung eingedrungen waren und bei seinem Hinzutreten die gestohlenen Sachen bereits zum Mindesten durchgelegt hatten. In einem anderen Falle klingelten die Einbrecher an einer Wohnungstür und öffneten die dann mit Nachschlüssel, als auf das Klingeln niemand erschien. Durch den hinzukommenden Wohnungsinhaber, der auf das Klingeln nicht geöffnet hatte, weil er einen Bettler vermutete, wurden die Einbrecher verschreckt und leider unbekämpft laufen gelassen. Die Erfahrungstatsache, daß Wohnungseinbrüche vielfach durch die Gorgoligkeit und Nachlässigkeit der Wohnungsinhaber begünstigt werden, hat auch hier durch die Vernehmung der Beschuldigten ihre Bestätigung gefunden, die angaben, nur solche Wohnungen begehrte zu haben, die infolge mangelhafter oder veralteter Schlösser ohne größere Schwierigkeiten zu öffnen waren. Es sei deshalb wiederum auf die beim hiesigen Polizeipräsidium eingetretete Verantwortungsstelle für Raumsucht hingewiesen, wo das Publikum über zeitgemäße Sicherung der Wohnungstüren usw. kostenlose Anleitung erhält.

geeignete klängschöne Stimmen auszuweisen hat, noch rein gestimmt war. Den Eindruck des Werkes verwirren Intonationsdifferenzen zwischen Orgel und Orchester, die nicht nur empfindliche Ohren geföhrt haben werden. An dem Solowortrag des an der Königin-Luis-Gedächtniskirche amtierenden Organisten hatte man reinere Freude des Genießens. Er spielte wie vor kurzem in der Technischen Hochschule Lütz „Prälium und Fuge über Bach“, ein Werk, das mehr Bachkenntnis erfordert, als ein didaktisches Buch — mit einer phantastischen Freiheit und doch wieder peinlichen Exaktheit in den spieldynamischen Teilen, daß das Jubiläum zu gewaltigem Applaus hingerissen wurde. In Gottold Richter haben wir mehr als einen begabten Organisten kennengelernt.

Den zweiten Teil des Konzertes füllte Brückners Es-dur-Sinfonie, die Hermann Böck mit starker Einführung in die romantische Sphäre des Werkes mit lieblosen Überblendungen, wie der Dichten hat zu hören und ein Herz zum Empfinden, wird sich von den Konstrukteuren die gern die Länge im Aufbau denkt, nicht beeinflussen lassen. Was ihr Sprudel der Urquell-Musik her vor der uns zu Erfurth vor dem beginnenden Kulturturm Brückners zwinge und eine Woge gegen alle zeitgenössische Kulturmusik nähreigt. In der verzauberten Lage der Gewissenswirren und der Gewissenssorgen, die Brückner über die Zukunft breiten, ist die Kulturmusik in die Zukunft zu ziehen.

Theater und Musik

7. Volks-Sinfonie-Konzert

Händels „Feuerwerksmusik“ ist ein typisches Beispiel für die Werke, die die Musikbeamten des 17. und 18. Jahrhunderts im Auftrage ihres „gnädigen Herrn“ ausführten hatten. Was uns an dieser Musik besonders auffällt, ist die für das Händel-Orchester außergewöhnliche Belebung der Blasinstrumente. Das wertvollste und nachhaltigste Stück der Feier des Nachtmarsches 1749 im Grenzpark geschriebenen Musik ist die dreifache Ouvertüre, die ihren speziellen Klangcharakter durch das verwendete Blech erhält. An gleicher Stelle gehörte den Trompeten und Hornisten ein Brano, das wir nicht verschweigen möchten. Hermann Böck, der sich für die Gestaltung mit Elan einsetzte, hätte noch deutlich die Händel und Bach-typische Bildensembles mit ganz deutlich geschilderten Wirkungen der einzelnen Stärkegrade berücksichtigen können. Das „sonderbare“ Werk wurde Jahr gefördert aufgenommen. Die auf Händels Gelegenheitsmusik folgende „Einführung und Thronrede für Orgel und Orchester“ von dem Leipziger Organisten A. Höner konnte trotz der meisterhaften Arbeit, die wir in ihr zu sehen haben, nicht unbedingt überzeugen. Das lag nicht an dem sich um eine großformatige Musikkapelle bemühten Organisten, sondern an der Orgel unseres Konzerthauses, die weder besonders

Der „Herzog von Ost-Friesland“

Ein Beitrag zur Geschichte menschlicher Dummheit

Das Waldenburger Schöffengericht wird sich demnächst, wie wir Ihnen berichten, mit einem gerissenen Willu Hillebrand zu beschäftigen haben, der seine suggestiven Fähigkeiten im Dienst phantastischer Beträgerreien nutzte. Hillebrand gelang es, mit den unglaublichen Erzählungen eine große Anzahl von Menschen zu täuschen und zu hintergehen. Er gab an, altpaulischen Hochadel zu entstammen und eigentlich berechtigt zu sein, den Titel „Herzog von Ostfriesland“ zu führen. Seine Familie habe in Chile und Argentinien Vändereien im Umgang des Deutschen Reiches, unermöglich wertvolle Werke und Kohlengruben besessen.

Hillebrand nannte sich auch Führer der Großdeutschen Bewegung, deren Hochmeister er gewesen sein will. Die Großdeutsche Bewegung habe ihr Zentrale in Bad Salzbrunn in die jügl unterirdischen Räumen der Villa eines dortigen Bauunternehmers gehabt. Innerhalb fünf Minuten hätte man alles Material in Sicherheit bringen und die Räume unsichtbar machen können, falls die Polizei einmal die Verschwörung aufgedeckt haben würde. Er war von einer magistralen Eitelkeit beherrscht. Es gab kaum ein Ereignis im Waldenburger Bergland oder sonstwo, an dem er nicht in irgend einer Weise beteiligt zu sein verachtete. So wird jetzt bekannt, daß er seinen gläubigen Schäfchen auch erschoss, er habe bei dem Empfang des Königs Amanullah in Berlin in Begleitung des sittlichen Geschäftsträgers teilgenommen und bei dieser Gelegenheit einige politischen Persönlichkeiten, darunter Hörsing, gründlich die Meinung gesagt. Eine große Rolle hat H. auch bei der Unwesenheit Hindenburgs in Waldenburg gespielt. Lange Zeit vorher hinderte er an, daß er in einem schwärmigen Gaswagen vor dem Auto des Reichspräsidenten herfahren werde. Am Empfangstage selbst aber stand der „Herzog von Ost-Friesland“ beschleunigt unten im Spalier. Natürlich hatte der „herühmte“ Mann auch Leibärzte, angeblich zwei bekannte Geheimräte in München. Die Bestimmungen seines Ordens hielten von ihm verlangt, daß er sich monatlich zweimal leibärztlich untersuchen und eine Blutprobe nehmen lassen müsse. Um die Sache recht glaubhaft zu machen, forderte er auch eine ständige gesundheitliche Überwachung seiner Umgebung. Dazu benützte er aber nicht seine „Leibärzte“, sondern zitierte — die Geister berühmter Ärzte, die hypnotisch Untersuchungen an den mit dem „Herrn Herzog“ verfehlenden und unter einem Dach lebenden Personen auf spiritualem Wege vornahmen.

So zitierte er unter anderem auch den angeblichen Leibarzt des griechischen Königs. Mit der Geisterzitterung möchte er überhaupt das blendendste Geschäft. Es gab keinen prominenten Geist, den Hillebrand nicht herbeizitiert hätte. Die Zarin von Russland, den Papst Pius IX., die Baronin von Kott, sind nur einige aus dem Reiche bedeutender Persönlichkeiten, die Hillebrand sprechen ließ. Wenn alle „guten“ Geister bei seiner glaubigen Umgebung doch nicht mehr zogen, und der Kreis der Geduldsten einmal an der Richtigkeit der ihnen aufgetragten Geschichten zweifelte, dann ließ er zur Abwechslung die „böse“ Geister auffeuern. Mit allen möglichen Mitteln erreichte er prompt, daß man ihm dann wieder widerspruchslos gehorchte und Geldbeträge in erheblicher Höhe glatt zur Verfügung stellte. Die Unterwürfigkeit der Adelsgläubigen ging so weit, daß sich seine Anhänger sogar Helfer liehen, um die unersättliche Habgier ihres angeblichen „Herzogs“ zu erfüllen. So mancher der Geplagten hat noch jetzt an der Abzähnung solcher ausgenommenen Darlehen zu tun.

„Zu den unglaublichen Erzählungen Hillebrands gehört auch seine angebliche Krönung zum Herzog von Ostfriesland. Weiter wollte er im Laufe seiner Regierungszeit sogar mit dem ausgerissenen Wilhelm II. in Fehde gelegen haben und belogen zu werden sein. Eine ganze Reihe Kanonenboote hätten sein Land bestürmt und seine heldenhafte Bevölkerung habe den Ansturm mit „Wasserbüchsen“ abgewehrt. Er selbst sei ergriffen und zum Tode verurteilt worden. Aber die Ausführung dieses furchterlichen Justizmordes war natürlich nicht möglich, weil dem Herzog die guten Geister seiner Ahnen zur Seite gestanden hätten. Das Wallblatt sei stehen geblieben, die Schlüsse der Exekutivkommandos hätten das Ziel verfehlt. Dies und ähnliches konnte der „Herzog“ unbedenkt aufzuschwärzen, ohne Gefahr zu laufen, daß etwa daran gezweifelt würde. Der Hochstapler hat nicht nur seine Gauleiter 10 Jahre lang auf solche Weise ausgebeutet, sondern hat auch sogenannte gebildete Menschen in einer Weise duppiert, die Pompei weit in den Schatten stellt. Da ist ein Akademiker, der „S. in Briesen“ in ehrerbietigster Form als „erhabenen Fürst und Gebliebener“ anredete. Um sich in kirchlichen Kreisen sich Kind zu machen, führte er sich als ein besonders energischer Gegner der weltlichen Schulbewegung ein, trat sogar in öffentlichen Versammlungen als Gegner dieser Bewegung auf und will sogar infolge dieses Auftrittens einmal überfallen und schwer mishandelt worden sein. Die Untersuchung läuftet aber auch hierüber den Schleier und es stellt sich heraus, daß der Vorfall nur fingiert war, damit H. als Märtyrer erscheinen konnte.“

Wie die bisherige Untersuchung bereits ergeben hat, werden noch unzählige solcher Schwindelteile bei der kommenden Gerichtsverhandlung aufgedeckt. Bereits jetzt steht einwandsfrei fest, daß Hillebrand seine hypnotisch-suggestiven Fähigkeiten für seine selbstsüchtigen Zwecke ausgenutzt und unglaublich viel von der Sorte gefunden hat, die bekanntlich nie alle werden.

Waffen aus der Selbstschutzzeit

In Karlsruhe wurden kürzlich Waffen festgestellt, die dort bei verschiedenen Landwirten noch aus der Zeit der oberösterreichischen Kämpfe lagen. So wurden bei dem Vorsitzenden des Kriegervereins neun Gewehre 98, die bei Beerdigungen zum Ruhm des versunkenen Kaiserreichs spazieren getragen wurden, Münzen, Bestandteile von Maschinengewehren und ähnliches gefunden. Die schon seit gerauer Zeit vorgenommenen eingehenden Ermittlungen der Landestriminalpolizei führen anschließend zur freiwilligen Ablieferung ganz erheblicher Mengen derartiger Funde aus „großer“ Zeit.

Was geht wohl nicht fehl, zu vermuten, daß angeblich in Unkenntnis der Ablieferungspflicht erfolgte Aufbewahren der Schießprügel mit jenen militärischen Spielereien in Verbindung zu bringen, die in Österreich auch heute noch und nicht nur in Stahlhelmkreisen, sondern auch bei den Landesschützen üblich sind.

Ein Rekord-Einbrecher

Vor einiger Zeit wurde in einem Hotel im Schlesischen ein nobel auftretender Gast verhaftet, der zahlreicher Einbrüche beschuldigt wurde. Das Verfahren gegen diesen, einen gewissen Hermann Gottwald aus Habschweidt, wird sich zu einem Riesenprozeß vor dem Schlesischen Gericht entwickeln.

Die Zahl der Einbrüche betrifft Gottwald jedoch auf über hundert. Und die Untersuchung hat diese Angaben auch bereits bestätigt. Tag für Tag reihen sich neue Fälle in den Ufern, bei denen Gottwald als Liebhaber unzähliger vermögenter Einbrüche in Betracht kommt. Es gibt auch kleinen Landkreis in Schlesien eins der Osten, in dem er nicht eine Tätigkeit ausgeübt hätte. Eine ganze Reihe von Einbrüchen bestieg er in Jauer, Striegau, Schweidnitz, Neidenburg, Nippisch, Mühlberg, Frankenstein, Wasow und bis Sachsen hinweg. Eine besondere Spezialität von ihm war die Einbrüche von Schlosses am selben Tage. Dabei sind ihm Seiten bis 700 Mark in die Hände gefallen. In Böhmisch und Großschweden erbeutete er an einem Tage sogar 1000 Mark unseres Geldes. Die gelungenen Einbrüche bestätigt Gottwald jetzt auf 70 000 Mark.

Beiträge verstand der Masseneinbrecher auf noble Art unter die Leute zu bringen. Er misstet sich in Fremdenheimen und Sommerfesten als Gast ein, unternahm von dort aus in angenehmen Gesellschaften große Autofahrten und traktierte seine Freunde mit Sekt und anderen teuren Weinen, bis ihn im Schlossort das Schicksal ereilte. Gegenwärtig erstreben sich die Ermittlungen auf zahlreiche Einbrüche in der Landeshuter Gegend, die Gottwald auch zur Last gelegt werden, und von denen er bereits eine ganze Anzahl eingestanden hat.

Eiserhaut mordet

In Gräfenschau, Kreis Glogau, stach ein junger Mann den Meister Eike mittens auf der Dorfstraße nach einem kurzen Wortwechsel mit einem Taschenmesser nieder. Der Stich traf Eike in den Hals, so daß er nach kurzer Zeit verblutete, da ihn der Mörder einfach liegen ließ und ruhig nach Hause ging. Als der Messerbold Montag früh von der Landjägeret verhaftet wurde, gestand er die Tat ohne ein Zeichen der Reue lächelnd ein. Als Motiv gibt er eine vorausgegangene Eiserhautszene an.

„Sei, Du hast uns Wien gestohlen . . .“

Katholische Poeten in der Grafschaft

Im Neuroder „Volksblatt“ vom 15. Februar 1930 kann man in einer „Weichenplauderei“ folgendes lesen:

Nach der Melodie: „Ach, du hast die Gans geschlossen“. „Sei, du hast uns Wien gestohlen, gib es wieder her, sonst wird dich der Steidle holen Mit der Heimatwehr.“

Sei ist bekanntlich der Bürgermeister der Gemeinde Wien, dem stolzesten Werk sozialistischer Aufbau- und Reformarbeit, das die Welt kennt, das selbst objektive bürgerliche Kommunalpolitiker aller Nationen, politischer und Glaubensbekenntnisse anzuerennen genötigt waren. Nur die dem Neuroder „Volksblatt“ gesinnungsverwandten halbfaschistischen österreichischen Christlich-Sozialen können es nicht verwinden, daß das Proletariat die große Proletarierstadt regiert, daß mit der Besteuerung von Luxus und Vergnügen Wohnungen gebaut und das unzählbare Elend der Wiener Arbeiterviertel gelindert wird. Daher der poetische Erguß des christ-katholischen Blattes. Sein stromer Wunsch wird aber ein Wunsch bleiben, denn die Bürgerkriegsspielerei der Heimatwehren hat bekanntlich kläglich Fiascio erfüllt.

Der Bezirksparteitag

des Bezirks Mittelschlesien der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands findet am Sonnabend, den 15. März, 18 Uhr, und Sonntag, den 16. März 9 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses in Breslau statt.

Tagessordnung: 1. Bericht des Bezirksvorstandes; a) Allgemeines, Organisation, Agitation, Berichterstatter: Paul Lehmann; b) Kassenbericht, Berichterstatter: Robert Herrmann; c) Bericht über den Stand der Parteipresse, Berichterstatter: Max Todt. 2. Die politischen Aufgaben der Gegenwart; Referent: Genosse Rudolf Breitscheid, M. d. R. 3. Wahlen. 4. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

Zu Ehren der Delegierten veranstaltet die SAJ. Breslau am Sonntag, den 16. März, 14½ Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine sozialistische Revue.

Die Wahlen der Delegierten sind nach § 13 des Bezirkstatutes vorzunehmen. Die Namen und Adressen der gewählten Delegierten sind sofort dem Bezirkssekretariat in Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 170, mitzuteilen. Anträge zum Bezirksparteitag sind bis spätestens 9. März an den Bezirksvorstand einzureichen.

Der Bezirksvorstand

Magistratswahl in Kattowitz

Polnisch-Pol in der Minderheit

Die Magistratswahl in Kattowitz verlief am Montag ziemlich programmatisch. Es entschieden auf die Liste der „Sanacja“ 13 Stimmen, der bürgerlichen Deutschen Wahlgemeinschaft und Juden 24 Stimmen, der polnischen und deutschen Sozialdemokraten 5 Stimmen und die Liste der Chadecka (Korkantyklub), die eine Listenverbindung mit der Nationalen Arbeiterpartei einging, 18 Stimmen. Nach Verteilung der Reststimmen entschieden für die Sanacja 2 Mandate, für die deutsche Liste 5 Mandate, für die bürgerliche sozialistische Liste 1 Mandat und die „Chadecka“ 4 Mandate.

Waldenburg. Aufstieg der Partei. Sonntag tagte in Dittersbach die Jahreskonferenz des Parteiuferbezirks Waldenburgs. Nach dem Jahresbericht hat der Kreisverein im Jahre 1929 einen effektiven Mitgliederzuwachs von 720 Personen zu verzeichnen. Das Partezorgan, die „Schlesische Bergwacht“, konnte keine Vereinzahl um 735 zahlende Abonnenten erhöhen. Wenn man durchschnittlich vier Familienmitglieder zu Grunde legt, dann bedeutet das, daß die „Bergwacht“ von rund 100 000 Menschen gelesen wird. Nach der Wahl des Kreisvorstandes, der Pressekommission und der Delegierten zum Bezirksparteitag hielt Redakteur Genosse Wendemuth einen Vortrag, in dem er auch auf den Handelsvertrag mit Polen zu sprechen kam. Daraufhin gab der Bezirkstelegraf des Bergarbeiterverbandes Hoffmann seine Erklärung ab: Die Bergarbeiterchaft wünsche, daß der Bergtag nicht sei, weil der Bergtag im Osten die schlesische Wirtschaft an den Rand des Verderbens gedrückt hat. Aber das geplante Kohlenkontingent sei viel zu hoch und deswegen für den schlesischen Bergbau untragbar. Die Einzahlung so riesiger Mengen Kohlen, die der Gesamtförderung des Niederschlesischen Bergbaues entspricht, sei geeignet, viele tausend Bergarbeiter in Schlesien brotlos zu machen. Aber die Bergarbeiter wollen Opfer bringen, doch fordern sie, daß auch der sogenannten Grünen Front Opfer auferlegt werden und daß man in Schlesien beim Bergbauproblem vom Waldenburg aus in die Provinz größeres Entgegenkommen zeige.

Waldenburg. Ein Polizeipräsidium wird gebaut. Die Verhandlungen des preußischen Staates mit dem Baustoff-Großhändlerhof in Waldenburg über Aufbau eines Grundstückes zur Errichtung des Polizeipräsidiums sind jetzt zum Abschluß gekommen. Der preußische Staat hat von der genannten Gesellschaft ein Quadratmeter großes Grundstück auf 70 000 Mark erworben. Mit den Bauarbeiten soll sobald als möglich begonnen werden, damit der Neubau im Herbst unter Dach ist. Auf der Tischauer Wiese befindet sich bereits der neue Verwaltungsbau der Oberstaatsanwaltschaft Waldenburg.

Glogau. 6 Monate Gefängnis für einen Schläger, fall auf einen Polizisten beauftragt. Wegen eines Verfalls auf einen Polizisten stand der Kommunist Bruno Klapper am Montag vor dem Schöffengericht Glogau, um sich zu verantworten. Er hatte den 60-jährigen städtischen Polizisten Klapper wegen einer Dienstkleidung, die dieser offiziell gemäß vorgesehen hatte, zunächst auf der Wache beleidigt und abends gegen 7 Uhr auf offener Straße schwer mishandelt. Seine Verteidigung bestand in einer heftigen und phrasenreichen Drohung, die durch verschiedene seiner im Juherraum anwesende Freunde und Freunde mit lautem Beifall entgegengenommen wurde. Klapper wurde schließlich wegen Bedrohung, Körperverletzung und Widerstands zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Glogau. Tod auf den Schienen. Auf der Bahngleise Glogau-Frauenstadt bei Glogau-Dorf wurde eine männliche Leiche aufgefunden, der der Kopf fast vollständig vom Rumpf getrennt war. Wie festgestellt werden konnte, handelt es sich bei dem Leichnamen um den 25 Jahre alten Heinrich Jahn aus Frauenstadt. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Görlitz. Verbilligte Milch. Der Ortsausschlag des ADGB hat mit der Görlitzer Molkerei ein Abkommen getroffen, auf Lieferung von verbilligter Milch an Sozial-Kleinrentner, Arbeitslose und Familien mit mehr als drei Kindern. Die Milch wird pro Liter 2 Pf. pro Kopf und Tag ½ Liter, verbilligt abgegeben.

Mühlhausen, Kreis Löwenberg. Explosion beim Bruttobau. Der Arbeiter Henrich holt hier seinen Schwiegervater, dem Stellvertreter Bruno Neiger, beim Brunnenbau, und ließ sich mit einer Winde in den 10 Meter tiefen Brunnen hinabsteilen. Offenbar legte er dort Sprengstoff, denn plötzlich erklang ein Knall. Sofort wurde Neiger wieder hochgewunden, doch schon erklang ein zweiter Knall. Als Neiger oben ankam, war er völlig mit Blut bedeckt, ein Arm war mehrmals gebrochen. Er mußte sofort ins Kreisfeste Krankenhaus überführt werden.

Beuthen. Ein mißglücktes Sprengstoffattentat. Wie von deutscher und polnischer Seite amtlich gemeldet wurde, hat man auf dem Bahnhof Beuthen an einer polnischen Lokomotive auf dem rechten Gleisbalcon an der Zylinderbefestigung einen Sprengkörper gefunden, dessen Zündschnur brannte. Die Umhüllung der Sprengladung war angelöst. Die Ladung selbst ist jedoch glücklicherweise nicht entzündet worden. Von dem Täter fehlt jede Spur. Der Sprengkörper stammt aus dem Eigentum in Gelsch. Die Sprengkapsel ist polnischer Ursprungs. Die deutsche Grenz- und Kriminalpolizei und die polnische Staatsbahndirektion in Katowitz haben die Untersuchung aufgenommen. Die Reichsbahndirektion Oppeln hat für die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 Reichsmark ausgesetzt.

Plus der Umgebung

Um den Obernigker Vorortverkehr

Stellungnahme der SPD. Obernigk

In ihrer letzten Mitgliederversammlung befaßte sich die Ortsgruppe Obernigk der SPD mit dem Abbruch des seinerzeit unter erweiterten Vorortverkehrsmaßen aufgeworfenen verlustreichen Breslau-Obernigk. Der Abbruch soll nämlich gerade jetzt an einer Zeit kommen, da Arbeiter und Angestellte endlich Hoffnung hatten, daß der keineswegs ideale Vorortverkehr mit Breslau durch Einlegung eines neuen Juges grundlegend verbessert werde. Es handelt sich um einen Zug, der von Obernigk bis Breslau durchgehend in einer halben Stunde diejenigen nach Breslau bringen sollte, die um 7 Uhr bei ihrer Arbeitsstätte sein müssen. Der Zug soll 6 Uhr 20 ab Obernigk abgehen und 6 Uhr 50 in Breslau sein; auch wenn er 5 Minuten später gelegt werden müßte, wie es die Reichsbahn angibt, käme er für die meisten noch rechtzeitig, andererseits können, um die Strecke wieder rentabel zu machen einige Nachmittagszüge wegfallen.

In der Mitgliederversammlung wurde vorgeschlagen, ob Obernigk die Züge 19 Uhr 45, 15 Uhr 29 und im Notfalle 17 Uhr 51 ab Breslau die Züge 18 Uhr 45, 12 Uhr 55 und 16 Uhr 43 weglassen. Dann hätten wir auf Obernigk vormittags 9 Züge und nachmittags 6 Züge, von Breslau vormittags 6 Züge und nachmittags 9 Züge, so daß drei Züge ausschließlich dem Berufsverkehr dienen.

Die Unrentabilität der Versuchs-Triebwagen wurde noch Ansicht der Genossen durch die Tarifänderung im Vorjahr verurteilt, da der Verkehr vorher sogar Überschüsse einbrachte. Einnahmen aus Eil- und D-Zügen, die auf größeren Strecken einen Ausgleich schaffen, tritt hier nicht ein.

Brodau. Einen Appell an die Märtäigkeit der Bevölkerung haben hier eine Anzahl Vereine und Behördenvertreter erlassen, um durch Geld und Naturalabgaben dringender Notstände bewältiger Familiengemeinde abzuhelfen.

Steine. Aus der Gemeinde Steine hat sich eine Fürsorgekommission gewählt. Ihr Wirken steht allerdings im Zeichen einer Sparamkeit, die nicht jedem verständlich sein dürfte. So wird uns berichtet, daß ein ausgewählter Mann mit Familie ganze fünf Mark wöchentlich, ein anderer gar keine Unterstützung erhält, weil — seine Frau 6 Mark bezahlt und selbst noch eine Invalidenzelle von rund 8 Mark im Monat hat. Wie damit eine dreitöpfige Familie zu leben in der Lage ist, wird leider nicht dazu gesagt.

Marxwig. Kommunalpolitik im Blickpunkt. Vorgestern, rund drei Monate nach den Kommunalwahlen, fand hier die erste Gemeinderatsversammlung statt. Gingang der Sitzung wurden die neu gewählten Gemeinderäte in ihr Amt eingeführt. Als einziger Punkt stand die Schulvorstandswahl auf der Tagesordnung. Die Vorschläge beider Parteien wurden einstimmig angenommen. Der neu gewählte Schulvorstand sieht sich zusammen aus den Genossen Sowatz, Simon, Grosser und Strehler sowie den bürgerlichen Herren Bauer und Giech.

Malitz. Edela in der Fortbildungsschule. Es klingt unglaublich und ist doch wahr. Vorgestern wurde den Schülern in der hiesigen Fortbildungsschule ein Film über den Edela vorgespielt; man fragt sich nicht mit Unrecht, warum sich der Leiter der Fortbildungsschule nun gerade diesen Film ausgeladen hat. Wenn der Deutsche Nationalen Handlungsgesellschaft für seine Schüler derartige Vorträge abhält, so wäre dagegen nichts einzubauen. Geschäftsräume gehört aber nicht in die Fortbildungsschulen. Was würden die Herren Lehrer wohl sagen, wenn sich ein konsumgenossenschaftlicher Filmvorführer bei ihnen anmelden würde?

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Secretariat: Margaretenstr. 12, Gartenhaus (Neumarkt), Zimmer 170-174
Telefon: 49960, 49961
Geschäft: von 8-14 und 16-19 Uhr

Herrmannsdorf. Hier findet am Donnerstag, den 20. Februar, 14 Uhr, eine Gewerkschaftsversammlung im Lokal Gasol statt. Redner: U. Linke, Breslau. Sorg für guten Besuch.

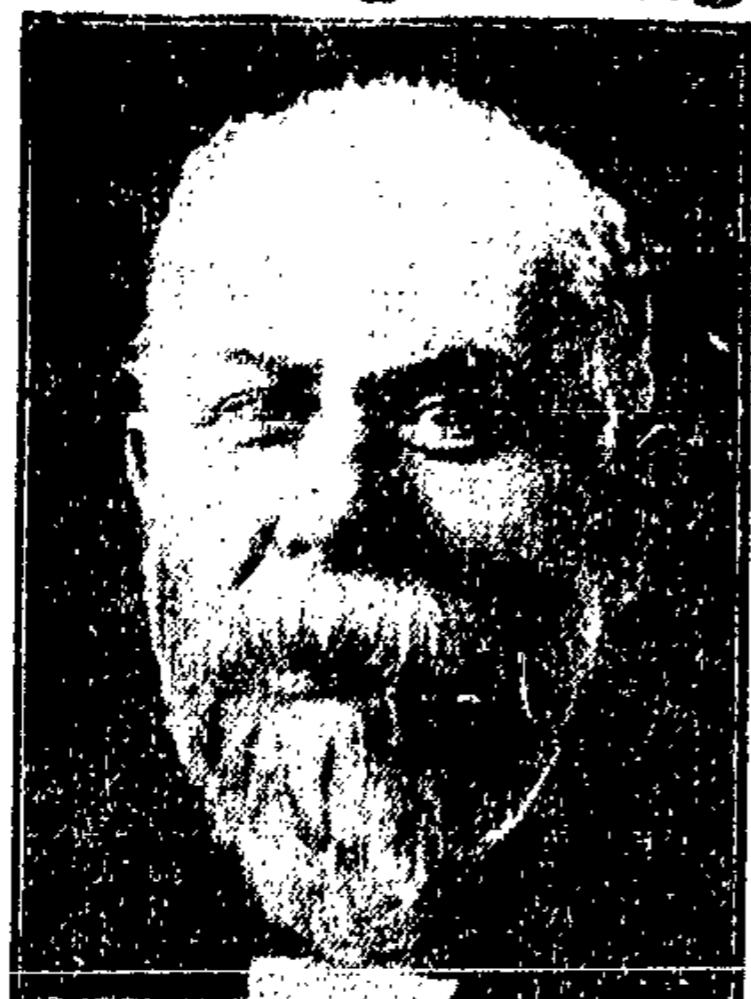
Großschwiede. Donnerstag, den 20. Februar, findet um 14 Uhr bei Schmidts eine Gewerkschaftsversammlung statt. Referent: Parteisekretär Schiffer. Wir erwarten guten Besuch.

Klettendorf. Sozialistische Arbeitersiedlung. Wettbewerb, den 19. Februar, 20 Uhr, in der Turnhalle. Gemäß der Schriftsteller Döbbert.

Die französische Regierung zu Fuß getreten



Ministerpräsident Tardieu



Finanzminister Cheron



Der kommende Mann? Poincaré

Wer hat das Automobil erfunden?

Momentbild der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung: der Erfinder stirbt im Elend, das Kapital verdient

Im Pariser „Museum des Arts et Métiers“ steht das Modell des ersten Automobils. Motors, ein massives Werk mit vier Zylindern, Vergaser und Magnetzündung. Es stammt aus dem Jahre 1888. Nur wenige wissen heute, daß der Erfinder dieses Motors, der den Ausgangspunkt der gesamten heutigen Automobilindustrie darstellt, ein Arbeiter aus dem Städtchen Clermont-Ferrand, namens Fernand Forest war, über dessen tragisches Schicksal das Organ der französischen Sozialisten, der „Populaire“, in einem ausschlaggebenden Artikel berichtet.

Forest war ursprünglich Messerschmied, sattelte aber um, wurde Mechaniker, studierte als wandernder Handwerksgeselle sein Gewerbe in ganz Frankreich und ließ sich schließlich in Paris nieder. In jener Zeit touchierten die Vorläufer der ersten Automobile in Paris auf: unformige und unbeholfene Riesen, die mit Dampf betrieben wurden. Der Viertakt-Explosionsmotor war wohl schon erfunden, konnte aber nicht als Antrieb eines Fahrzeugs verwendet werden, da er durch die Masse, die ihn mit Benzin versorgte, an einen festen Standort gebunden war. Dem Arbeiter Forest war es vorbehalten, das Problem zu lösen, über das sich die führenden Fachleute der Welt den Kopf zerbrachen: Er erfand den transportablen Karburator und erlebte damit den Benzinmotor von seiner Erdgebundenheit. Im Jahre 1888 konstruierte er den ersten Motor, der zum Antrieb eines Motorwagens verwendet wurde, zwei Jahre später das erste Benzinautomobil, das über die Straßen von Paris fuhr.

Im Jahre 1898 veranstaltete das französische Marine-ministerium ein Preisauftschreiben für das beste Unterseebootmodell. Das beste Modell stammte ebenfalls von Forest, der das Problem, dem damaligen Stand der Technik entsprechend, restlos

löst. Seiner Lösung am nächsten kam die Konstruktion des bekannten Ingenieurs Labey, die aber verglichen zum Forest'schen Modell, den großen Nachteil hatte, daß das Boot jedesmal an die Oberfläche gehen mußte, um seine Akkumulatoren zu laden; — während das Forest'sche U-Boot, dank der sinnreichen Kuppelung zweier Explosionsmotoren und eines Dynamos, sich unbegrenzt lange unter Wasser halten konnte. Trotz dieser offenkundigen Überlegenheit des Forest'schen Erfinders, mußte dieser in „totem Rennen“ den zweiten Preis mit Lobeuf teilen — die Herren Offiziellen hatten es nicht über sich gebracht, dem einfachen Arbeiter vor dem akademischen Bürger und Ingenieur den Vorzug zu geben.

Es wurde auch weiter nicht viel Aufsehen von ihm gemacht; man tat so, als habe man Forest vergessen, der weiterhin in größter Armut lebte und kein Geld hatte, um seine Erfindungen patentieren zu lassen. Sie wurden daher Federmannsgut, zu Nutz und Frommen der Unternehmer und Industriekapitäne, vor allem der Firmen De Dion, Panhard & Co., etc., die skrupellos phantastische Profite aus den Erfindungen Forests zogen, welcher wie so mancher Erfinder völlig unbemittelt im Elend starb.

Die Geschichte hat aber noch einen Epilog. Die 75jährige Witwe Forests, die einen 40jährigen vollkommen verkrüppelten Sohn zu ernähren hat, kämpft mit dem Hungertode. Um nun zu beweisen, daß auch die Großindustrie sozusagen ein Herz hat, haben jetzt die führenden Persönlichkeiten der Automobil-industrie — einen Aufruf an die Arbeiterschaft der Automobilfabriken erhoben, sie mögen unter sich eine Hilfsaktion für die Familie Forests einleiten. In sämtlichen Pariser Automobilbetrieben ziehen jetzt Listen unter den Arbeitern. Die Automobilfabrikanten Citroën und Gobron, den großzügigen Initiatoren dieser Aktion, geht natürlich eine so großzügige Finanz-Operation weit über ihre bescheidenen Mittel . . .

Der Oberreichsanwalt sucht Hochverrat



Eine Polizeiaktion gegen das Berliner „Karl-Liebknecht-Haus“, in dem der Verlag der „Roten Fahne“ untergebracht ist, wurde am 18. Februar von mehreren hundert Schupo-polizisten und Kriminalbeamten auf Veranlassung der Oberrechtsanwalt-

schaft durchgeführt. Die Durchsuchung galt in erster Linie kommunistischen „Verleumdungsschriften“, die in letzter Zeit unter der Berliner Schupo-polizei verbreitet wurden.

„Der Mensch“ verbrannt

In der zuletzt in Dortmund aufgebauten anatomischen physiologischen Wander-Ausstellung „Der Mensch“, deren Heimatstadt München ist, brach aus noch nicht aufgeklärter Ursache Feuer aus. Die große Holzhalle der Ausstellung brannte vollständig nieder. Das Feuer hat an den Wachs- und Spirituspräparaten gute Nahrung gefunden; von der ganzen Ausstellung ist nur eine Schicht Asche übrig geblieben.

Die Geschäftsleitung gibt den Schaden mit 700 000 Mark an. Die Ausstellung ist vor kurzem nach Amerika verkauft worden, wohin sie im März verschiffen sollte.

Am Bahnhübergang

Am Montag abend wurde beim Bahnhübergang Hachingen-Boll (am Fuße des Hohenzollerns) ein mit drei Personen besetztes Automobil von einem aus Sigmaringen kommenden Personen-zug erfaßt und fast ganz zertrümmt. Der Autolenker war sofort tot. Die zwei anderen Insassen erlitten sehr schwere Verletzungen.

Zweiundzwanzig Liter Bier

Ein blutiger Gasthausstreit

In Wien sahen einige Männer im Gasthaus Hauser, Italien, zweihundzwanzig Liter Bier und spielten Karten. Dann kam es wegen eines Stiches mit der Karte zwischen dem Julius Pfaender und dem Karl Deigner zu einem Streit. Deigner warf Pfaender ein Bierglas an den Schädel, der Verlebungen an Stirne und Oberlippe erlitt und der Gaftwirt drängte die Streitenden auf die Straße. Dort stach Pfaender weiter — aber nicht mehr mit Karten, sondern mit einem Zigarmesser. In Brust und Bauch getroffen, brach Deigner schwer verletzt und bewußtlos zusammen.

Wenn man lange Gleider trägt

In Wien ereignete sich dieser Tage ein schwerer Unglücksfall auf der Straßenbahn, als eine Nonne in ihrem festlichen und langen Ordenskleid abstieg. Ihr langer Rock verirrte sich beim Absteigen, sie stolperte und geriet unter die Schutzvorrichtung. Als man sie geborgen hatte, konnte nur noch ihr Tod festgestellt werden. Ein Menschenleben ist hier zum Opfer gefallen, weil das wallende, weite Gewand nicht mehr zum Tempo unserer Zeit paßt. Ein warnendes Beispiel für viele, die jetzt in dieses wallende weite Gewand wieder hineinschlüpfen wollen . . .

Sie werden später hingerichtet —

Der Elektrotod Edels wieder aufgeschoben

Die auf den 21. Februar verschobene Hinrichtung des Deutschen Fred W. Ebel in Newyork, der im Dezember 1927 die Schauspielerin Emmeline Herrington ermordet haben soll, ist auf richterlichen Beschluß zum dritten Mal auf unbestimmte Zeit verschoben worden, damit das neue Material, das Edel, der nach wie vor für unschuld beteuert, zu seiner Entlastung bei-brachte, geprüft werden kann.

Explosion bei Standard-Oil

5 Tote — 63 Verletzte

In den Werken der Standard-Oil Company in Linden im Staate New Jersey (Vereinigte Staaten) ereignete sich gestern eine Explosion, die zu einem ausgedehnten Brande führte. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden zwei Personen getötet und 63 verletzt. Der Brand konnte bereits gelöscht werden. Seine Ursache ist noch nicht ermittelt.

Deutsches Flugzeug in Südamerika verunglückt

Über der Stadt Santa Librada in Columbia ist einer Meldung aus Bogota (Kolumbien) aufzugehen ein Flugzeug der „Deutschen Lufttransportgesellschaft“ auf das Dach einer Schule gestürzt. Der einzige Passagier und der deutsche Pilot Friedrich Burkhardt wurden tödlich verletzt.

Faschisten unter sich

Nobile und die italienische Regierung über die Nordpolexpedition

Mit dem Erscheinen der Rechtfertigungsschrift des abgeholtierten italienischen Generals und ehemaligen Nordpol-erobers erscheint nun auch eine Veröffentlichung des italienischen Marine- und Luftfahrtministeriums mit dem Bericht der amtlichen — faschistischen — Untersuchungskommission über den unglücklichen Ausgang der Nordpolexpedition. Der Bericht bezeichnet Nobiles Charakter als unzuverlässig, seine Flugfahrt als mittelmäßig. Der schlimmste Vorwurf, der ihm gemacht wird, dürfte der sein, daß er am Höhensteuer eingefangen sei, als das Luftschiff plötzlich mit der Spitze nach unten zeigte. Zwar gelang es in diesem höchsten Gefahrenmoment, das Luftschiff wieder auf tausend Meter zu bringen, aber dann sei durch das überfließende falsche Arbeiten mit Gas das Luftschiff wieder herabgedrückt worden, so daß der Zusammenprall mit den Eisbergen unvermeidlich war.

In seiner Rechtfertigungsschrift erklärt Nobile seinerseits, daß die Fahrt bis in alle Einzelheiten mit allen in Bezug stehenden Gelehrten und Technikern vordereitet gewesen sei. Die eigentliche Katastrophe wäre darauf zurückzuführen, daß starker Eisbelag die „Italia“ zu schwer gemacht und gleichzeitig den Gasverlust verursacht habe. Auch der Prager Professor Behounek hätte bestätigt, daß der Absturz nicht durch eine falsche Bedienung des Höhensteuers verursacht sei. Nobile wirft der italienischen Regierung u. a. vor, daß die Rettungsaktion des italienischen Schiffes „Gitta de Milano“ dadurch erschwert worden wäre, daß der Funkleiter dauernd für Presseberichte benutzt worden sei und man beim Rettungsversuch durch das Flugzeug statt Rettung einen Kämpfer gegen mitgeschickt habe.

Wie wäre wohl der Ministerialbericht ausgefallen, wenn Nobile mit Luftschiff zurückgekommen wäre . . . ?

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Reichsversicherungsanstalt nimmt Stellung zu den Plänen des Reichsfinanzministers, die Arbeitslosen-Versicherung zur Deckung des Defizits heranzuziehen Noch einmal die begründeten Warnings der Baugenossenschaften und des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften gegen die Gefahrengemeinschaft

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat zu dem Plan des Reichsfinanzministers, die Versicherungsträger zur Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, folgende Entschließung angenommen:

Die Reichsversicherungsanstalt ist durchaus bereit, im Rahmen ihrer Vermögensanlagen aus den Mitteln der Jahre 1930 und 1931 Reichsbahnvorauszahlungen, und zwar im Wege des Kaufes, wie sie es bisher schon getan hat, in nennenswertem Betrage zu erwerben. Voraussetzung hierfür ist aber, daß über den Gewerbe die Organe der Selbstverwaltung frei zu entscheiden haben, und daß der Reichsversicherungsanstalt durch den Kauf dieser Aktien nicht zu viel von den Mitteln entzogen wird, die sie vornehmlich der Wirtschaft, insbesondere dem Wohnungsbau, zur Verfügung stellt.

Der Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften und der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften gegen die Gefahrengemeinschaft

Gesellschaften haben an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der sie dringend vor den Gefahrengemeinschaftsplänen des Reichsfinanzministers warnen. Durch diese „Gefahrengemeinschaft“ werde die Gefahr größerer Arbeitslosigkeit in unmittelbarer Nähe gerückt. Die öffentlichen Versicherungsträger seien von jeher die stärksten finanziellen Stützen des gemeinschaftlichen Kleinwohnungsbau's für die minderbemittelten Volkskreise gewesen; denn gesunde Wohnungen senken die Heilverschaffungskosten, wie ja überhaupt Wohnungswirtschaft und Volksgesundheit miteinander in enger Verbindung stünden. Mühten Invaliden- und Angestelltenversicherung Mittel für die Arbeitslosenversicherung bereitzustellen, dann enthalte für sie die Möglichkeit der Unterstützung des Kleinwohnungsbau's. Man müsse daher vor einer Aktion warnen, die vielleicht über augenblickliche Nöte hinwegtäuse, für Wirtschaft und Arbeitsmarkt aber folgenschwere Rücksläge bringe.

Berechtigte Bedenken der Landesversicherungs-Anstalt

Der ständige Ausschuß Deutscher Landesversicherungsanstalten hat am Dienstag in Kassel gegen den vom Reichsfinanzminister geplanten neuen Aderlass der Invaliden-Versicherung einen gehärtigten Protest beschlossen. Er lautet im wesentlichen:

Wenn der Reichsfinanzminister beabsichtigt, in irgend-einer Form zur Sanierung des Reichshaushaltes und insbesondere der Reichsarbeitslosenversicherung auf die Mittel der Invalidenversicherung zurückzugreifen, so erhebt die deutsche Invalidenversicherung, vertreten durch den ständigen Ausschuß ihres Reichsverbandes, dagegen den schärfsten Protest. Die Mittel der Invalidenversicherung sind die Spargroßen der deutschen Arbeiter für die Zeiten der Invalidität und des Alters. Wenn jetzt auf diese Mittel zurückgegriffen wird, so wird damit das Vertrauen der deutschen Arbeiter auf die Sicherstellung ihres Alters aus das schwerste erschüttert.

Sagen im Jahre 1932 ist anscheinlos die Invalidenversicherung aus laufenden Mitteln nicht mehr voll leistungsfähig, und schon im Jahre 1933 tritt ein Zuschußbedarf zur Abdeckung der Rentenverpflichtungen ein. Diese Zuschußverpflichtung erhöht sich nach einer Berechnung des Reichsministeriums bis zum Jahre 1938 auf einen Jahreszuschußbedarf von rund 500 Millionen Reichsmark. Der Gesamtbetrag während der Jahre 1933 bis 1938 wird sich auf etwa 1895 Millionen Reichsmark, also auf 890 Millionen Reichsmark mehr belaufen, als in den Jahren 1929 bis 1932 zurückgelegt werden konnten. Angesichts dieser gefährdenden eigenen Lage der Invalidenversicherung wäre es unverantwortlich, ihre Mittel zur Sanierung des Reichshaushalts und der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. Die Invalidenversicherung bedarf viel eher neuer Mittel, um sich auf die Dauer lebensfähig zu erhalten.

Im Hinblick auf die bedrohliche Finanzlage beschließt der ständige Ausschuß sofort alle Verhandlungen einzustellen, die im Sinne der Reichsrichtlinien für Gesundheitsfürsorge bisher großzügig zu den Zwecken der Seuchenbekämpfung und des weiteren Ausbaues der Gesundheitsfürsorge eingeleitet waren. Dieser tief bedauerliche Schritt war umso mehr geboten, weil bisher von den der Invalidenversicherung reichsrechtlich zustehenden Zollmitteln im Jahre 1929 für diese Zwecke kein Pfennig gezahlt ist und die aus der leg. Brüning in Aussicht gestellten Mittel zur Durchführung der erweiterten Hinterbliebenenversorgung fortzufallen drohen. Mit der Durchführung der Absichten der Reichsregierung wird auch die Unterstützung des Arbeitserhaltungsbau's durch die Invalidenversicherung unmöglich gemacht.

Schiedsspruch für die Berliner Kraftdroschkenführer

Am Dienstag gegen Mitternacht wurde für das Berliner Droschken Gewerbe ein für beide Parteien bindender Schiedsspruch gefestigt. Danach erhalten die Kraftdroschkenführer 33½ Prozent der Bruttolohnsumme, mindestens jedoch pro Schicht 4,50 Mark. Bis her erhielten die Kraftdroschkenführer einen Festlohn von 2,50 Mark pro Schicht und einen vierzehntägig zu verzeichnenden Garantielohn von 8 Mark pro Schicht, der aber bei weitem nicht immer zur Auszahlung gelangte. Der neue Schiedsspruch bringt den Kraftdroschkenführern einen Festlohn von 4,50 Mark, bestätigt jedoch den Garantielohn.

Die Arbeitsmarktlage in Schlesien

Die Arbeitsmarktlage hat sich insgesamt während der letzten Woche nicht erheblich verändert. Die Zahl der Arbeitssuchenden zeigt eine, im Vergleich mit den Vorwochen, nur geringe Zunahme, nämlich von 324 968 auf 327 743, das ist um 0,9 v. H. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist erstmals wieder etwas heruntergegangen; die Abnahme ist aber offenbar auf einen Rückgang in der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen, während die Zahl der Argenunterstützten gestiegen ist. Mit Rücksicht hierauf sowie in Verbindung mit der geringeren Arbeitssuchendenz und der gegenüber der Belastung der Arbeitssuchenden und der Hauptunterstützungsempfänger nur wenig ins Gewicht fallenden Zunahme der Zahl der Beziehungen gegenüber den Vorwochen (788 gegen 776 in der Vorwoche) kann dieser Rückgang in der Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger also nicht anders als ein günstiges Zeichen für eine Tiefierung in der Arbeitsmarktlage angesehen werden. Der Rückgang der im weiteren anzusehenden Zahl der Beziehungen ist im wesentlichen durch Kurzarbeit und Kurzarbeiten Allerdings sind vereinzelt

ein Handelswechseln und Scheidnahmen um 240,2 Millionen auf 170,7 Millionen Mark (15. Januar = 189,8 Millionen Mark ab, während die Lombardbestände um 23,5 Millionen auf 78,2 Millionen Mark (15. Januar = 67,9 Millionen Mark) gewachsen sind.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 92,8 Millionen auf 2752,6 Millionen Mark erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 25,1 Millionen auf 2351 Millionen Mark, die Bestände um deckungsfähigen Devisen um 7,7 Millionen auf 401,8 Millionen Mark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein verbesserte sich von 53,1 Prozent in der Vorwoche auf 56,4 Prozent, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 62,1 Prozent auf 66,1 Prozent.

Bankfusion in Thüringen

Thüringische Staatsbank nimmt Gothaer Hofbankhaus auf Weimar, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Das Hofbankhaus Gebrüder Goldschmidt in Gotha hat sich mit der Thüringischen Staatsbank vertröholt. Das Bankhaus Gebrüder Goldschmidt war das größte Privatbankhaus Thüringens. Es beschäftigte ungefähr 50 Angestellte und befand Zweigstellen in Friedrichroda, Oderdorf und Laucha (Rhön). Der erste Inhaber der Firma, Dr. Otto Goldschmidt, hat sich aus Goldschmidt und der Prokurist Schreier werden von der thüringischen Staatsbank übernommen. Die Südtiroler Industrie stand hauptsächlich mit dem Bankhaus Goldschmidt in Verbindung.

Verschlechterung der russischen Industrie-Erzeugnisse

Die Sowjetpresse zeigt sich nach wie vor sehr beunruhigt wegen der fortgleich zunehmenden Verschlechterung der Qualität der Industrieerzeugnisse. Nachdem man mit grossem Nachdruck und mit überschwänglicher Genugtuung darauf hingewiesen hatte, daß das erste Jahr des fünfjährigen Wirtschaftsplanes eine sehr erhebliche Steigerung der erzeugten Warenmengen mit sich gebracht hat, ist man neuerdings sehr besorgt, daß als Beleg erscheinung dieser mengenmäßigen Steigerung, nicht eine anhaltende Verschlechterung der Qualität eintrete. Aus diesen Erwägungen wird mit grösstem Nachdruck in der Sowjetpresse auf die Notwendigkeit hingewiesen, möglichst bald diese Mißstände zu beilegen. Die Sowjetregierung hat auch bereits eine Untersuchung der Ursachen der Verschlechterung der Warenbeschaffenheit durchgeführt, die unter anderem ergaben hat, daß in zahlreichen Fällen nicht, wie stets von der Arbeiterschaft behauptet wird, die niedrige Qualität der Rohstoffe schuld ist, sondern vor allem die geringe Sorgfalt bei der Verarbeitung, das Fehlen einer sorgfältigen Kontrolle seitens der Werkleitung, die geringe Qualifikation eines Teiles der Arbeiter und nicht zuletzt das geringe Interesse, das die Arbeiter an einer Verminderung der Ausfuhrware haben, weil alle Bestrebungen auf Steigerung der Quantität gerichtet sind.

Hierüber berichten die „Iswestija“ (Nr. 4 vom 4. Januar 1930) folgende Einzelheiten:

„Die Untersuchung erfaßte unter anderem eine Partie von Schuhzeug, das auf den Waren „Partschinskaja Kommuna“, „Storochod“, „Burevestnik“ und „Ujitsch“ hergestellt worden war und bereits als einwandfrei zur Versendung an die Betriebsorganisationen bereit stand. Es erwies sich, daß 40 Prozent der Waren Ausfuhrware darstellten. Reihische Unzulänglichkeiten sind auch in der Textilindustrie zu beobachten. So hat man es zum Beispiel auf dem Werk „S. A. Autosow“ fertig gebracht, die Ausfuhrware im Laufe eines Jahres um das Gehalts zu steigern. Als Musterbeispiel betrieblicher Niederlichkeit können man das Werk „Tworez-Rabotschi“ bezeichnen, welches Webware liefert, die zu 100 Prozent Ausfuhrware darstellen. Lehnsch liegen die Verhältnisse in zahlreichen Gießereien, Glasfabriken usw. In der Leningrader Industrie betragen die Verluste infolge nachlässiger Arbeit 100 Millionen Rubel jährlich. Beim Baumwolltrust von Twer allein 400 000 Rubel jährlich. Auch in den Traktorenwerkstätten des „Krasni-Botslowe“ ist ein bedrohliches Anwachsen der Ausfuhrware festgestellt worden. (Siehe Artikel 9 dieser Lieferung.)

Der Ausweis der Reichsbank zum 15. Februar

bringt einen starken Rückgang in der Beanspruchung des Kredits der Bank. Zur Überwindung des Januar-Ullimos war eine Erhöhung der Kreditbeanspruchung um 364 Millionen Mark notwendig. Seitdem sind rund 424 Millionen Mark (in der Woche bis zum 7. Februar = 207,1 Millionen Mark, in der Woche bis zum 15. Februar = 216,7 Millionen Mark) zurückgelossen. Der von der Reichsbank gewährte Kreditlimit macht für den Stichtag des 15. Februar = 1891,3 Millionen Mark aus gegenüber 2054,2 Millionen Mark am 15. Januar. Die Bestände an Reichsbankwechseln haben sich unwesentlich erhöht. Die Bestände

Aera der Handelsvertragsverhandlungen

Das Jahr 1930 stellt an die deutsche Handelspolitik eine Reihe schwieriger Aufgaben. Neben den ununterbrochenen laufenden Verhandlungen mit Polen, die durch die Aktivität des deutschen Verhandlungsteams Rauhier direkt vor dem Abschlusstehen, sind seit dem Beginn des Jahres Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien und der Tschechoslowakei aufgenommen worden. Auch die unterbrochenen Verhandlungen mit Österreich werden in kurzem weitergeführt werden.

Die deutsche Handelspolitik steht also vor der Aufgabe, mit seinen vier wichtigsten östlichen Nachbarstaaten, die zusammen eine Bevölkerung von rund 80 Millionen besitzen, Handelsverträge zur Förderung des beiderseitigen Wirtschaftsverkehrs abzuschließen. Das größte Interesse nimmt hierbei der deutsch-polnische Handelsvertrag in Anpruch. Nach dem Stande der letzten Verhandlungen zu urteilen, sind alle grundständlichen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt. Polen wird die Garantie erhalten, daß es sein jährlich zugestandenes Kontingent von 200 000 Doppelzentnern Schweißen, die über die Fleischfabriken dem Konsum zugeführt werden, auch abliefern kann; auch in der Rogenen, wie der Kohlenfrage ist eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Weitere Konzessionen Polens der deutschen Exportindustrie im einzelnen machen wird, ist noch nicht bekannt. Es ist damit zu rechnen, daß der Vertrag noch im Laufe dieses Monats unterzeichnet wird. Damit wäre nach fast fünfjähriger Dauer der unfreiwillige deutsch-polnische Wirtschaftskrieg, unter dem ganz besonders die Grenzvölkerung litt, und drüber zu leiden hat, beendet und der Weg für eine neue Ära der deutsch-polnischen Beziehungen frei gemacht.

Wie das jetzt im Reichstag zur Diskussion stehende deutsch-polnische Liquidationsabkommen eine Art Vorvertrag für das wichtigste Wirtschaftsabkommen darstellt, so war das im Januar 1929 abgeschlossene deutscho-rumänische Finanzabkommen eine notwendige Vorbedingung für die Eröffnung der Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien. Nach dem positiven Abschluß dieses Finanzvertrages, der über alle bisher strittigen Fragen aus der Kriegs- und Okkupationszeit einer Schlüsselfigur, schlossen mehrere deutsche Banken — darunter die Reichsbankdirektion — größere Kreditgeschäfte mit Rumänien ab, die zu einer wesentlichen Beliebung des deutsch-rumänischen Handels führen. Dies sind jedoch erst Anfangs-Märkte. Aktionsmöglichkeiten sind für die deutschen Exportindustrien auf dem großen rumänischen Markt ergeben, zeigt das umfangreiche Wege- und Bahnhauptnetz der rumänischen Regierung, das auf 1 Milliarde Goldmark veranschlagt wird. Trotzdem kommt der Wirtschaftskrisis, ist auch die deutliche Ausfuhr nach Rumänien seit 1927 von 126 auf fast 200 Millionen Mark ge-

siegen. Dagegen ist Rumäniens Export nach Deutschland infolge von Missernten in der gleichen Zeit von 243 auf 180 Millionen gesunken. Jedoch zeigt die über 50prozentige Steigerung der deutschen Ausfuhr in den letzten Jahren, welche Möglichkeiten dieses aufnahmefähige Land mit seinen fast 20 Millionen Menschen bietet.

Zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wird der Wirtschaftsverkehr bisher nur durch einen einfachen Meistbegünstigungsvertrag geregelt. Der Zweck der leichten Verhandlungen ist, einen regelrechten Handelsvertrag mit gegenseitigen Zollbindungen abzuschließen. Das Hauptinteresse der tschechischen Wirtschaft liegt bei der Ausfuhr von Hopfen und Malz, Textilien und Schuhwaren. Im letzten Jahr deckte die Tschechoslowakei etwa 90 Prozent der gesamten deutschen Maiszfuhr im Wert von etwa 22 Millionen Mark. Die beabsichtigte Erhöhung des deutschen Maiszolls von 12,75 Mark auf 18 Mark wird daher eine der umstrittenen Positionen sein, da der neue deutsche Zoll mit einer 80prozentigen Belastung des Wertes prohibitorisch wirken muß. Die deutsche Hopfeneinfuhr wurde in den letzten Jahren zu 50 Prozent aus der Tschechoslowakei gedeckt, bildet daher gleichfalls für die Tschechoslowakei eine entscheidende Frage. Außerdem ist die deutsche Ausfuhr nach der Tschechoslowakei sehr beträchtlich. Sie machte 1928 rund 650 Millionen aus und dürfte im letzten Jahr 700 Millionen Mark erreicht haben. Demgegenüber stellt die tschechische Einfuhr nach Deutschland nur auf rund 400 Millionen Mark, so daß sich ein ganz erheblicher Ausfuhrüberschub in Deutschland ergibt.

Bei den bevorstehenden deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen wäre als dringlichste Aufgabe die Verständigung über eine gleichgerichtete Wirtschaftspolitik im Innern und eine Gemeinschaftspolitik nach außen anzustreben. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit die Verpflichtung zu gegenseitiger Förderung und Unterstüzung. Vorbespruchungen sind in dieser Richtung bereits seit längerer Zeit im Gange.

Die deutsche Handelspolitik hat also in nächster Zeit entscheidende Pionierarbeiten für die deutsche Wirtschaftswelt, wie auch für die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse in Europa zu leisten. Sie muß dabei im Interesse der Gesamtwirtschaft die privaten Interessen einzelner Wirtschaftszweige wägt, die legale Endes trotz sozialistischer Opfer bei einzelnen Handelsvertretungen an dem Gesamtzufluss der deutschen Wirtschaft mit profitieren werden. Hoffentlich zeigen sich die verantwortlichen Leiter der deutschen Handelspolitik ihrer Aufgabe in diesem Umfang gewappnet.

Junge Näherinnen

Alfred Brugel.

Mit blassen, schmalen Kinderköpfen
an den langen Tischen festgeheftet,
leh ich die Mädchen kleiner Schneiderinnen
bei der Arbeit in den Hinterhäusern.

Ihre Jugend wellt vor strengen Bliden.
Hände blass wie Wachs wühlen sich
gärtlich in die gelbe Seide reicher Kleider,
und sie träumen manchmal heimlich,

wenn die Stadtbahn hinten schnell
vorüberpolstert, von dem Leben
gut und fettlich — das sie niemals
finden wird in diesen Hinterhöfen —

dah sie sich an diesen Tischen,
bis sie ihre Wünsche still begraben,
und genügsam werden — leergebrannt
und ausgehöhlt vom Warten vieler Jahre.

Luisa Michel

Die Geschichte einer Revolutionärin

Am 21. Februar 1905, vor fünfzig Jahren, starb Luisa Michel, die Veteranin der Pariser Revolution von 1871.

Von der europäischen Burgoesie insam verleumdet und als wilde, blutige Magare, als „Petroleuse“ verschrien, hieß sie die letzten dreißig Jahre ihres Lebens zum großen Teil in der Verbannung und in Gefängnissen zugebracht. Wie dachte das Volk, das Proletariat über sie?

Es war zu Marseille. Als die Nachricht von ihrem Tode bekannt wurde, legten die Arbeiter in den Fabriken, auf den Werften, ihre Werkzeuge aus der Hand. Die Maschinen wurden angehalten und eine düstere Stille verbreitete sich über Stadt und Hafen. „La vierge rouge est morte“, ging es flüsternd von Mund zu Mund. „Die rote Jungfrau ist tot.“ Und als tags drauf Luisa Michel zu Grabe getragen wurde — sie war während einer Aktionsteile in einem ärmlichen Gasthaus gestorben —, gingen außer den Gewerkschaften und den sozialistischen Vereinen mit ihren Bannern und Fahnen Tausende des Marseiller Proletariats hinter dem Leichenzug. Frauen in zerlumpten Kleider trugen die Quasten des roten Sargtuches. Ein ganzes Volk der Arbeit und des Elends trauerte um Luisa Michel und bereitete ihr, die zeltlebens arm wie eine Kirchenmaus gewesen, aus seinen winzigen Sparpfennigen ein Leichenbegängnis wie einer — es gibt keinen andern Ausdruck dafür — wie einer Königin.

Wer war Luisa Michel? Wodurch hat sie sich diese Liebe der Arbeiter erworben?

Den Morgendunst neuer Welten, den ersten Schimmer einer abbrechenden neuen Zeit durchschreiten seelame Gestalten. Übergangsmenschen, die durch ihr Schicksal oder rüchtiger durch die Summe und die Konsequenzen ihres Lebens und Schaffens sich gleichsam loslösen aus dem Relief der Allgemeinheit. Den Nachgeborenen erscheinen sie kaum noch als Einzelmenschen, eher wie symbolische Schemen. Nicht Bahnbrecher, nicht Führer, nicht Helden der Idee, aber dennoch Repräsentanten ihrer Zeit — Zwischenstufen von heute zu morgen.

Eine solche Gestalt war auch Luisa Michel, wie wir sie heute sehen. Jahrzehntelang eine kleine Lehrerin in Montmartre, einem der Elendsquartiere von Paris; aus dem Überschwang ihres Grafs heraus Dichterin, Komponistin, Künstlerin. Aber alle diese Talente und Fähigkeiten verschwinden hinter der großen Arbeit ihres Lebens einer Revolutionärin, einer Feministin der Revolution, ohne die festen Gedankenziele und logischen Aktionswege, die den ersten Sozialreformer, den weisgerüthen Zelführer vom umstürzlerischen Ideologen unterscheiden.

Geboren 1830 zu Broncourt, einem Dorfe im Département Haute-Marne, als uneheliches Kind einer Bauerntochter und eines adeligen Gutsbesitzers, hat sie der „Illegalität“ ihrer Geburt allzeit Ehre gemacht. Alles an ihr, ihr Leben, ihre geistige Welt, ihre öffentliche Tätigkeit, ihr privates Tun und Lassen war illegitim. Doch über allem, was sie sprach, schrieb und tat, lag jene rückhaltlose Charlichkeit, Selbstlosigkeit und Überzeugungstreue, wie sie nur seelisch reinen Naturen eignen ist. Durch ihre Geburt eine „Entzündte“, schlug sie sich instinktiv auf die Seite aller Unterdrückten, mit denen sie sich solidarisch fühlte. Sie war „die fromme Gläubige der Revolution“, wie ihr Parteigenosse und persönlicher Freund Jules Tautou nannte — „wie alle Vorläufer“, fügte sie selbst hinzu.

Obwohl ihre Bildung nur mangelhaft war, drängte elementarer Willenstrieb sie dazu, ein höheres geistiges Niveau zu erreichen. Hohe Intelligenz lädt die tapfere, kleine Person den überflächlichen Egomenschoss einer französischen „Normallehrerin“ jener Zeit leicht bewältigen. Mit 23 Jahren tritt sie ihre erste Stellung als Hilfslehrerin an der „Ecole libre“ in Audincourt, in der Nähe ihres Heimatortes, an. Über ihr freimütiges, burkhisches Wesen, ihre heftigen satirischen Ausfälle gegen das Kaiserium, das dritte Napoleon, ihre bereits einsetzende pubblistische Tätigkeit für oppositionelle Zeitungen und nicht zuletzt ihre profekte Abneigung jeder Kirchengläubigkeit hielten ihr bald die katholischen Spieker auf die Spur. Ihren Schülern predigt sie die „Religion der Freiheit“. Sie treibt es so weit, dass sie mit ihren Jöglingen die Kirche verlässt, als das „Gebet für den Kaiser und sein Haus“ gesprochen werden soll. Natürlich Aktion vor den Profeten. „Wir haben den Kaiser beleidigt! Wir könnten Sie dafür von Rechts wegen nach Cayenne rütteln!“ donnert der Beamte. „Der Kaiser geht mich nichts an,“ erwidert Luisa.

„Und die Deportation würde mir Gelegenheit geben, den Unglüdlichen dort das Evangelium der Aufrichtung zu verhüten.“ Das war stark, aber sie ist nicht dazu zu bewegen, sich zu entzünden. Natürlich verliert sie ihre Stellung.

Sie geht nach Paris, der Heimat der Revolution, und wird dort in einer Privatschule angestellt. Und es dauert nicht lange, da steht die junge Lehrerin mitten in der beginnenden Rebellion gegen das Kaiserium. Sie hilft bei der Organisation, sie spricht in Versammlungen, sie ruft Frauenvereine mit sozialistischen Tendenzen ins Leben. In steter Verbindung mit den Trägern des republikanisch-sozialistischen Gedankens — Blanqui, Flourens, Heulus und anderen — steht sie immer klarer ihren wahren Beruf darin.

„Ich werde mein Herz, mein Leben in die Revolution!“ verkündet sie am Herzen. Vor dem Kampf um das Wohl und die Befreiung des Proletariats steht fortan, alle persönliche Freude, alles individuelle Glück, jedes Triebgefühl zurück! So finden die Ereignisse von 1870/71 die gerüstete Revolutionäre, die aufrechte Geschichtsschreiber der Kommune, nicht einen

Wirtschaftliche Fachschule für Arbeiter und Angestellte Peterstaldau

Erster vollständiger Lehrgang

Beginn 1. September 1930

Für die am 1. September dieses Jahres beginnenden ersten vollständigen Lehrgänge von mindestens einjähriger Dauer ist folgender Lehrplan vorgesehen:

Allgemeine Vortrags- und Arbeitsgebiete:

1. Staat, Verfassung, Verwaltung (mit internationalen Vergleichen und völkerrechtlichen Größerungen zur Schulung des außenpolitischen Verständnisses).
2. Allgemeine Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialen Ideen (mit einem Überblick über die Programme und Forderungen der politischen Parteien).
3. Allgemeine Wirtschaftslehre.
4. Fragen der volkswirtschaftlichen Praxis hauptsächlich von der Wirtschaftslage Deutschlands.
5. Wirtschaftsgeographie und Industriell-agrarische Standortlehre (unter besonderer Berücksichtigung der schlesischen Verhältnisse).
6. Betriebswirtschaftliche Tagesfragen.
7. Grundsätze und Erfahrungen der Finanzpolitik (Finanzierung des Staates, der Gemeinden, der Unternehmen usw.).
8. Kommunalpolitische Probleme.
9. Abriss der Sozialpolitik und der Sozialversicherung.
10. Allgemeine Rechtsfragen.
11. Arbeitsrecht (mit Beispielen aus der Praxis).

Außer zwei hauptamtlich angestellten Lehrern werden mehrere Fachreferenten zur Behandlung dieser Gebiete herangezogen.

Spezialkurse

sind vorgesehen unter anderem über folgende Themen: „Die osteuropäischen Staaten, ihre Völker und ihre Wirtschaften“; „Die Lage der schlesischen Landwirtschaft“; „Die Lage der schlesischen Industrie“; „Die Frage der deutschen Ostgrenze und der deutsch-polnischen Handelsvertrag“ u. a. m. Außerdem werden Übungen veranstaltet über wirtschaftlich-sozialpolitische Tagesfragen. Die Schüler müssen selbständige schriftliche Arbeiten und quellenmäßig bearbeitete Referate erstellen, die in den allgemeinen Unterricht eingefügt werden. Besichtigungen und Exkursionen, regelmäßige Turn- und Sportübungen und gesellige Gemeinschaftsabende sollen für die notwendige Abwechslung sorgen.

In Arbeitsgemeinschaften werden hauptsächlich folgende Gebiete behandelt:

- a) Statistische Lehungen (Wirtschafts-, Lohnstatistik);
- b) Rhetorisch-stilistische Übungen;
- c) Übungen zur Technik des geistigen Arbeitsprozesses (Systematisches Denken, modernes Rechnen, Expertieren von Büchern, Kartieren, eventuell Stenographie).

Luisa Michel die Seele des Ganzen. Überall ist sie zur Stelle, wo es gilt, sich demonstrativ zu den Prinzipien der Revolution zu bekennen. Nach dem Zusammenbruch des Kaiseriums dringt sie an der Spitze der Volksmenge in die Kammern und fordert als erste die Proklamation der Republik. Aber ihrer Partei wird von den geschickten bürgerlichen Politikern die Macht wieder aus den Händen entnommen. Nach dem Aufstand der Kommune. Das aufrechtig republikanische Paris empfängt sich gegen die Machthaber von Versailles. Der Kampf bricht aus. Luisa Michel tritt als aktiver Soldat in das 61. Bataillon der Nationalgarde ein und bewährt sich als einer der tapfersten Kämpfer. Und auf der Patriade hat sie nichts mehr von einem Weibe an sich. Sie kämpft, sie schlägt, sie führt eine gefährliche Rekonstruktion aus, die sie bis in das feindliche Versailles hineinführt. Aber auch inmitten der schrecklichen Realität des Geschlechterfeuers und des Augelregens verleugnet sich ihre phantastische Natur nicht. Während rings die Granaten kreipern und die Leichen sich häufen, dispiert sie mit einem russischen Studenten über die kürzlich erschienenen Gedichte Beaudelaire. „Fleurs du mal“.

„Heroismus?“ Über diesen Begriff schreibt sie: „Es gibt keinen Heroismus! Niemand verdient Lob für seine Handlungsweise, denn er handelt nur so, wie er muss. Man wird fortgesetz von der Größe des Werkes — und man bleibt doch immer hinter seiner Aufgabe zurück!“

Als die Versicker, die „weißen Truppen“, in Paris eindringen, organisiert sie die Verteidigung der inneren Stadt. Sie verzehnfacht ihre Energie im Kampf um die heilige Sache. Sie predigt Widerstand bis zum letzten Augenblick, bis zum letzten Mann, selbst als letzter Mann in verzweifelter Lage ausharrend. Mit der Waffe in der Hand wird sie gefangen und entgeht nur wie durch ein Wunder den Massenexekutionen, denen etwa 40 000 Kommunarden zum Opfer fallen. Als ihr und zehntausend andern der Prozess gewinnt wird, lautet das Urteil auf 18 Monate.

Während der zehn Jahre, die sie bis zur Amnestie von 1881 in Numea auf Neukaledonien austrägt, vollzieht sich in ihr jener Umweltsprung, der sie später der Partei, wenn auch nicht gerade abtrünnig macht, aber doch entstremdet hat. Aus der Sozialrevolutionärin wird eine extreme Radikalistin oder, wie man damals sagte, eine Anarchistin. Aber der Anarchismus Luisa Michels hat nichts mit Ordnungslosigkeit, Unkultur und Verbrodung gemein. Sie bleibt die alte Idealistin. Sie glaubt trotz aller übel Erziehung festenfest an die Güte der menschlichen Natur. „Der Mensch ist gut! Da aber alles Unrecht von der Macht ausgeht, von den Machthabern, so muss es die Macht sein, die den Menschen vergiftet! Es liegt ein Fluch auf der Macht! Darum bin ich Anarchistin!“ — Ihr Anarchismus stellt also nur eine höhere Entwickelungsstufe der Menschheit dar: die auf gegenwärtiger Achtung begründete freie Gemeinschaft der Individuen. Das ist bisher immer nur Zukunftsmythos geblieben und demgemäß verspätet worden. Doch vieles, was einst als Theologie verhöhnt wurde, ist inzwischen nicht schon verwirklicht, zur Selbstverständlichkeit geworden, so dass wir es uns gar nicht mehr vorstellen können!

Noch zweimal rückte Luisa Michel Bekanntheit mit dem Gesangnis. Ihre Teilnahme an der großen Blank-Munitionsschlacht 1882 führte sie bald nach ihrer Rückkehr von Neukaledonien für einige Monate in den Kerker. Und ein Jahr später, bei einer Sonntagsfeierfeier für kreisende Genossen, entrichtete sie neben den Toten auch die schwere Buße, die Nähe des Hungers! Beim Untergang durch die Stadt kam es zur Blünderung eines Bäderladens. Die Verantwortung dafür wurde Luisa Michel angeladen und die bürgerliche Republik sah sie nochmals für Jahrzehnte in die schamvolle Einsamkeit der Zelle.

Über seine bizarren Strukturen verlor ihr elterner Raumsergen. Raum wieder in Freiheit, begann sie ihre offizielle Geschichtsschreibung der Kommune, nannte einen

tatorische Tätigkeit von neuem. Von den Behörden wurde sie fortan in Ruhe gelassen, aber dem Bürgertum erschien die alte Revolutionärin so herausgehoben, dass man sogar Meuchelmörder gegen sie mobil machte! In Le Havre wurde Luisa Michel während einer Versammlung angegriffen und geschrägt am Kopf verletzt. Der Attentäter? „Läßt den armen Narren laufen“, sagte sie unter dem Motto des Chirurgen. Und sie arbeitete weiter, mutig, raschlos allen Gefahren trotzend. Sie reiste von Ort zu Ort, von Meeting zu Meeting, kreuz und quer durch das Land, bis sie auf einer solchen Agitationsfahrt zu Marseille vom Tode erlegt wurde.

Man hat diese armselige, tapfere und opferbereite Idealistin in einer Flut von Lügen und Verleumdungen zu ertränken versucht. Man hat sie nach dem Kommuneaufstand von 1871 der Anstiftung einer durchbarten Feuerkunst beschuldigt, die einen Teil von Paris in Asche legten. Als ob die Granaten des Herrn Thiers mit Kölnisch Wasser gefüllt gewesen wären! Erst die neuere Geschichtsschreibung hat, soweit sie ehrlich war, sich zur Wahrheit über die Kommune und Luisa Michel bekannt. Und sie hat dabei sehr unbeabsichtigt, die peinliche Feststellung machen müssen, dass bei den großen sozialen und revolutionären Kämpfen der Gegenwart die „Kanaille“ nicht immer, aber durchaus nicht immer auf der Seite des Proletariats, unter der roten Fahne zu suchen und zu finden ist.

W. Hegelich.

Wohnungsnot in antiken Großstädten

Antike Hochhäuser. — Überbevölkerung der antiken Städte.

Wir haben uns gewöhnt, Wohnungsnot und Überbevölkerung unserer Großstädte als Tatsachen hinzunehmen, die durch die Industrialisierung der modernen Staaten im allgemeinen sowie durch die wirtschaftlichen Nöte des Kriegs- und Nachkriegszeit im besonderen sich erklären. Der Historiker aber weiß, dass die Überbevölkerung der Städte und die damit zusammenhängende Wohnungsnot schon lange altwelt waren, ehe noch die Industrialisierung eine Massenabwanderung in die damit sprunghaft wachsenden Städte brachte. Die Anziehungskraft, die Großstädte ausüben, bedingt überall und immer ein Missverhältnis zwischen der Nachfrage nach Wohnraum und dem Angebot, das zu einer immer stärker werdenden Verkleinerung des dem einzelnen zur Verfügung stehenden Wohnraumes trat.

Wenn wir hier einmal die Verhältnisse in den antiken Großstädten vor circa 2000 Jahren, wie sie besonders im Rom der Kaiserzeit und in Byzanz herrschten, betrachten, werden wir trocken mancher von denen der jetzige abweichen soziologischen Ursachen des Wohnungselends, die gleichwohl die selben Folgen hatte, auch Verhältnisse konstatieren können, die in ihren sozialen Ursachen wie in ihren Wirkungen eine verblüffende Ähnlichkeit mit den Zuständen in modernen Städten haben. Die Ursachen des Wohnungselends waren damals mannigfacher Art. Zunächst muss man sich vor Augen halten, dass ein großer Teil des damaligen städtischen Proletariats, Slaven, Freigelassene, die Angehörigen niedriger Berufe, besonders Straßenhändler, unter denen die Lebensmittelverkäufer wieder eine besondere Stellung einzunehmen, von vornherein nicht die Ansprüche in puncto Wohnung stellten, die dem modernen Nordländer geläufig sind. Ganz abgesehen von dem Nochstand der Industrialisierung seit 2000 Jahren und dem wachsenden Lebensstandard der Menschheit — für die Römer von damals war die Wohnung in erster Linie eine Sackstelle, mit einem Minimum an Mobiliar ausgestattet. Das Leben spielte sich, wie auch heute noch in Italien, besonders Südtalien, wo die unerträgliche Temperatur einen Aufenthalt in der Wohnung zur Qual macht, zu einem beträchtlichen Teil auf der Straße ab, in einem uns vorstellbaren Maße. Der antike Mensch liebte es, sich in der Freiheit zu bewegen, er war der Typus des „Godrängemischen“, der sich nur im lebhaftesten Trubel wohl fühlte. Dazu kamen die geringe Aufmerksamkeit, die in hygienischer Hinsicht von Seiten der Behörden hier angewendet wurde, so dass von vornherein der Boden für eine Zusammenpferchung der am Tage größtenteils von Hause abwesenden Bevölkerung gegeben war.

Die Baupolizei, die es im alten Rom bereits gab, kontrollierte die Mietlaijer sowie den Neubau sehr fäsig, die Vorschriften über Höhe und Sicherheit des Bauens ließen zu wenig übrig, so dass sich viele Häuser in gefährlichstem Zustand befanden und Einstürze und Brände an der Tagesordnung waren. Die Baufähigkeit wurde von Seiten der Regierung später, als die Überbevölkerung gefährlich zunahm, zwar durch Prämien angeregt, blieb aber weit hinter dem Bedarf zurück.

Der größte Teil der niederen Bevölkerung lebte in diesen Mietlaijern; zur Zeit des Augustus betrug nach vorläufiger Schätzung die Bevölkerungszahl Rom's 1 300 000 Menschen, unter Kaiser Trajan fast 2 Millionen (heute noch nicht 1 Million). Mit den Baustellen wurde wie heute ein schwunghafter Handel getrieben, die Baustellenjobber, der Wucher blühte. Es gab Leute, wie den Römer Crossus, die ganze Häuserviertel aufzukaufen. Da die Mietlaijern in größtem Maße Handelsobjekt waren und zudem der jeweilige Hausbesitzer durch Pächter und Mietpächter die Miete eintrieb, die sich ihrerseits wieder schadlos hielten, so erreichten die Mieten, die für elende, menschenunwürdige Löcher gezahlt wurden, eine ungeheure Höhe.

Das Recht selbst gab dem Mieter nur mangelhaften Schutz seiner Wohnung: Eine andere Wohnung stand ihm nicht zu, nur eine geringe Schadensersatzsumme im Falle der Evakuierung; er musste räumen, sobald der Hauswirt die Wohnung brauchte, verlor sogar die Schadensersatzsumme, wenn er Widerstand zeigte. Das Recht stand also ganz auf Seite eines ungefundnen, ja geradezu verbrecherischen Ausdeutungssystems schlimmster Art.

Da der Grund und Boden durch den Baustellenwuchs verteuert war, suchte man den Raum auszu nutzen, indem man, fast ungehindert von baupolizeilichen Vorschriften, in die Höhe baute. Es gab bald Hochhäuser von 7, 10, ja 12 Stockwerken (am Capitol erreichte ein Haus sogar die Höhe des Sattels), in denen die Bevölkerung zusammengepfercht in furchtbester Weise bei hohen Mieten und ohne Rechtschutz hauste. Die Einsturzgefahr dieser Hochhäuser war groß, ebenso groß das Miethausverhältnis zwischen Höhe der Häuser und Breite der Straßen, so dass in manchen Vierteln, wie uns aus dem Altertum berichtet wird, man kaum einen schmalen Streifen des tiefblauen Himmels zu Gesicht bekam. Es gab arme Teufel, die 200 Stufen bis zu ihrer Dachkammer zu steigen hatten.

Keller- und Dachwohnungen, die bedrückendsten Erscheinungen der Mietlaijern, boten vielen Tausenden ein Ohrwurm. Die Kellerwohnungen, oft 20 Fuß unter den Straßenebene, wie man sie z. B. in Pompeji ausgegraben hat, waren so niedrig, dass Aufstehen unmöglich ist. Hier häuften auch das Verbrechergeindel der Weltstadt Rom — Elend und Verbrechen hier wie überall die Folge der Wohnungsnot.

Eine Bewegung, die diese Zustände bekämpft hätte, gab es nicht, obwohl später die Bevölkerung (nicht nur für Luxusbauten) lebhaft wurde. Zur Zeit des Kaisers Hadrian hat die Bekämpfung des Wohnungskapitalismus neben anderen auf ihr Banner geschrieben.

Der Untergang der Antike, die Entzifferung der Großstädte durch Seuchen, Kriege und Invasion feindlicher Völker machte die antiken Wohnungsnot ein fürsorgliches Ende. Zum Teil, das besonders auch durch die Neugründung von Neugründungen wie lebensbrauchende Mittelstädte weiter, so etwa 20 000 Seelen zu Rom, begann mit uns, nur einer gleichen Zahl unter Menschen bewohnt zu bleiben.

Medizinische Märchen

Drei Sorten medizinischer Märchen sind am häufigsten, und sie haben die Eigenschaft, sich ein wenig nach der Jahreszeit zu richten. Vergleichbar Nummer eins kommt zu allen Jahreszeiten vor.

Es wird jemand ermordet, und, wie es häufig geschieht, die Augen der Leiche stehen offen. Der untersuchende Kriminalbeamte wird rechtzeitig auf diesen Umstand aufmerksam und lädt die Photographie der toten Augen anstrengen. Das Bild wird entzweit und vergrößert und zeigt den lebten Bildindruck, den der Erstgängige empfangen hat, nämlich das Mordzimmer und darin, die Waffe in der Hand, den Mörder, der nach dieser Photographie verhaftet wird und ein Geständnis ablegen muss, weil ihm augensichtlich solchen Beweises ja schließlich nichts anderes übrigbleibt.

Wirklich sehr schön, diese Geschichte, nur ist sein Sterbenswörtchen davon wahr, wie einmal ein Augenarzt in einer speziellen Untersuchung einer betartigen Mutter (es handelt sich um den Fall Augerstein) nachgewiesen hat. Das menschliche Auge ist zwar so gebaut, dass tatsächlich von einem Gegenstand, der betrachtet wird, sogar zwei Bilder entstehen, das eine verkleinert aus der spiegelnden Hornhaut auftaucht, das andere innen aus der Netzhaut. Das Hornhautspiegelbild verschwindet natürlich im gleichen Moment, in dem der sich spiegelnde Gegenstand verschwindet. Das andere ist allerdings ein wenig dauerhafter, denn es beruht ähnlich den Vorgängen auf der photographischen Platte, auf dem Ausbleiben des sogenannten Schärzungspunkts durch die Lichteinwirkung. Man hat einmal den Augenhintergrund eines Hingerichteten zehn Minuten nach der Exekution untersucht. Es fand sich wirklich ein bissiger Fleck. Der Verurteilte hatte die letzten Stunden bei einer Stearinerz gelebt, die Hinrichtung war im Dunkeln erfolgt, die augenärztliche Untersuchung sofort vorgenommen worden. Dies muss aber auch alles zusammentreffen, damit ein solches Optogramm entsteht. Erfolgt eine Untersuchung nicht mindestens wenige Stunden nach dem Tode, ist in der Zwischenzeit nicht jeder Lichtstrahl von den Augen abgehalten worden, hat das Optogramm nicht stundenlang Zeit zur Entstehung gehabt und war es nicht ein ganz einfacher Gegenstand, so ist nie und auf keinen Fall etwas festzustellen. Das alles kann man wohl durch einen systematischen Besuch leicht zusammenstellen lassen. Dass es wirklich durch Zufall geschieht, ist jedoch ein — nun eben ein sehr großer und entsprechend sel tener Zufall. Dass man aber gar die Gesichtszüge einer menschlichen Person (sich diese selbst ist so kompliziert für solch ein Bild), die der Tote, nur wenige Momente gesehen hat, erkennen könnte, ist glatte Unfik.

Märchen Nummer zwei ist besonders im Hochsommer häufig. Seine allgemeine Form ist die, dass ein Mensch, der einige Zeit auf dem Lande gelebt hat, plötzlich heftiges Leibschmerzen bekommt, bohrende und quälende Schmerzen, die nicht nachlassen wollen. Nach vieler Quälerei stellt sich dann heraus, dass der arme Mensch bei seinem Landaufenthalt aus einer Quelle getrunken und dabei zufällig einige Frosch- oder gar Eidechsenlarven mit verschluckt hat. Eine Weile merkte er das nicht. Als die Tiere dann in seinem Magen herangewachsen waren, jagen sie an, sich unruhig zu bewegen und ihn zu peinigen, was sie sicher bis zu seinem Tode fortgesetzt hätten, wenn ihn nicht ein tüchtiger Arzt bestellt hätte.

Diese Geschichte ist ebenso unsinnig wie hartnäckig. Tatsache ist nämlich, dass hauptsächlich Fröscheier von der Magenwand in wenigen Minuten getötet und bald danach überhaupt aufgelöst werden — sie gehen den Weg allen Fleisches, das in einen fremden Magen gerät. Es gibt nur einige Würmer — in den Tropen noch ein paar Milbenlarven, die aber für Menschen und Tiere gar nicht in Betracht kommen, die eingewandert sind. Alles andere wird dort innen restungslos verdaut, wenn es sich nicht gerade um Steine und Glassplitter handelt. Trotzdem wird die Mutter von Fröschen, Kröten, Blindschleichen, Eidechsen und Kugelnattern ruhig weitererzählt — es ist nur verwunderlich, dass noch niemand auf die Idee gekommen ist, dass sich im Magen eines Tenors, der vor dem Aufreten rohe Hühnerleber trinkt, nach und nach eine ganze Hühnerfarm heranbilden müsse.

Auf das dritte Märchen pflegen sogar kritische Gemüter hereinzufallen, die den beiden ersten steutisch gegenüberstehen. Es grässt alljährlich im Januar und Februar, der Zeit der Kostümfeiern und Maskenkästen, und ist auch in diesem Jahre wieder ausgebrochen.

Gewöhnlich lautet die Geschichte folgendermaßen: Ein junges, lebensfrisches Mädel geht mit einem von einem Verleihinstitut geliehenen Plastikstoff zu einem Fest, amüsiert sich großartig und bemerkt nach drei oder vier Tagen ein paar kleine, ausdrucksvolle Knöpfchen an den Armen, im Gesicht, irgendwo. Zunächst wird das nicht beachtet. Als es immer mehr werden, wird schließlich ein Arzt aufgeführt. Der Arzt nimmt ein Präparat, greift plötzlich zu Gummihandschuhen und Plastikkästen, lässt die Patientin ohne weitere Umstände in ein Sanatorium bringen und dafür sorgen, dass sie nie einen ihrer Angehörigen wiederseht und ihnen nie einen Brief schreibt. Denn, so heißt es, sie hat sich mit Lepra (Aussatz) angesteckt.

Dieselbe Geschichte wurde vor dem Kriege von aus Japan stammenden Kaufmännern und von frisch aus Persien eingeführten Orientteppichen erzählt. Die Berichterstatter entwidmeten dabei je nach Begebung mehr oder weniger dramatisches Talent und Erzähleraffinement; nur Wahrheitsliebe und Sachkenntnis gingen ihnen in jedem Falle ab. Wohl ist die Lepra eine schaurliche Krankheit. Sich mit ihr anstecken kann man aber nur durch langlebenden Kontakt mit Kranken, nicht durch vorübergehende Berührung eines Gegenstandes. Hat man sich jedoch angesteckt, so dauert es nicht drei Tage, sondern mindestens drei Jahre (das ist aber auch die allerkürzeste Frist), bis sich die ersten äußerlichen Krankheitsscheinungen zeigen.

Das sind die drei gebräuchlichsten Märchen, die in Deutschland kursieren und man muss von ihnen leider sagen, dass sie haltbarer sind als Optogramme, peinigender als Laubfrösche im Magen und ansteckender als Lepra. Willi Ley.

Das Venenum

Von C. P. Hiesgen

Solange wir ihn kannten, stand Pitter immer schon eine Stunde vor Schichtwechsel einschreibereit oben auf der Brücke. Dann hatten die Jungen in der Lampenbrücke schon ihren Anschauern von ihm weg und der Kriegsbeschädigte in der Markenausgabe ebenso.

Pitters Hose mit den blauklanellen Unterhosen und sein Hemd und Rock hingen schon fast geworden an der Decke der Waschan und schauerten nicht mehr, wenn die schlafzerbrochenen Kumpel trotteten zur Frühstückstafel und püssend ihre dreitägigen Arbeitskleider von der Decke des Waschlau herunter rasselten ließen, um ihre Totenkinder anzuziehen.

Pitter stand oben auf der Brücke. Von überdachten Gang zum Schenkturm sah er hinunter in die helle Waschan und hinab auf das das Zechenhaus, durch das die Bümmele wie immer im leichten Augenblick noch angerannt kamen. Die Kohlenwagen für die Frühstückstafel standen auf der Kohlenbühne hochgestapelt voll Zimmerholz. Die Wagen verschwanden nacheinander wie Grausbrocken im Norden der dunklen Vorwerke. Alle zehn Grasbrocken rollten die vollen Kohlenwagen zur Halde und donnerten funkenprühlend die Räder der mit Holz beladenen Wagen auf den Korb. Der Anschläger stand nicht eine Sekunde still. Dann stand Pitter oben auf der Brücke und kommandierte und röherte nach unten. Das Kommando war ihm eine Mühle. Die Bümmele waren auf den Bühnen entworfene ihm mit unanständigen Gedanken. Oben am Schindlauer das Zechenhaus das Tempo. Unten das Gelände der Minen. Den Kettenschlag konnte Pitter nie begreifen.

Stiller Besuch

Von Erich Küstner.

Jüngst war seine Mutter zu Besuch,
Doch sie konnte nur zwei Tage bleiben.
Und sie müsse Ansichtskarten schreiben;
Und er las in einem alten Buch.

Freilich war er nicht sehr aufmerksam.
Er betrachtete die Autobusse
Und die gold'nen Pavillons am Flusse
Und den Dampfer, der vorüber schwamm.

Langsam fiel der Vollmond in ein Haus.
Und weil er wie eine Münze rollte
Gehn es fast, als ob Gott sparen wollte.
Gottes Sparsamkeit sieht anders aus...

Seine Mutter hielt den Kopf gesenkt.
Und sie schrieb gerade an den Vater:
„Heute abend geh'n wir ins Theater,
Erich kriegt zwei Billets geschenkt.“

Und er tat, als ob er lächlig las.
Doch er sah die Nähe und die Ferne,
Sah den Himmel und zehntausend Sterne
Und die alte Frau, die drunter sah.

Einmal sah sie neben ihrem Sohn,
Leise lächelnd, ohne es zu wissen.
Stadt und Sterns wirkten wie Kulissen,
Und der Wirtshaussuhl war wie ein Thron.

Ihn ergriff das Bild. Er blickte fort.
Wenn sie mir schreibt, muhnte er noch denken,
Wird sie ihren Kopf genau so senken
Und dann las er. Und verstand kein Wort.

Seine Mutter sah am Tisch und schrieb.
Erschrockt rückte sie an ihrer Brille.
Und die Feder krachte in der Stille.
Und er dachte: Gott, hab' ich sie lieb!

Um vollen Schein des Grubenlichtes lebte Blut — vom Kohlenstaub geschwärzt — um Mund und Ohren des Jungen. Er schrie, beugte sich der Beamte vor, beschrie und bestellte den Steiger. „Bitter, was ist dem Lehrhauer? Kein Atem? Kein Pulss? Leuchten Sie her!“ schrie empört der Steiger. „Was wird ihm sein?“ räsonierte Bitter und reichte sein Licht herüber. „Quatschen Sie nicht! Kommen Sie her!“ rief der Steiger. Bitter die Lampe fort.

Zwei Lampen beleuchteten den Körper. Der Schädel des Lehrhauers hing eingeklemmt und zerquetscht zwischen einem um wenige Zoll gesenkten, rissigen Kohlenbroden.

„Das halbe Venenum zum Teufel!“ heulte Bitter wütend los und seine Wut war ebt. „Verdammt! Wenn das beim halben Venenum passiert wär, aber beim halben Venenum hier!“ Geduckt! „Los! Horst! Horst! Horst!“ schrie der Steiger. „Noch einmal Ho-rud! Ho-rud! Langsam! Höher! Horst!“ legen! „Hoch her! Noch mehr! Fertig! Horst! Horst!“

Bitter leuchtete und schwieb mit seinem Körpergemisch auf der Brechstange. Der Steiger warf seine Kappe hinter sich. Die Schlepper kamen zu Hilfe.

„Das halbe Venenum zum Teufel! Verdammt das halbe Venenum!“ schrie Bitter bei jedem Griff und hatte er die Hände frei, hielt er das Gesicht, als hätte er furchtbare Zahnschmerzen. „Des halben Venenum zum Teufel...“

Nach mühseliger Arbeit hatten sie den Kohlenbroden so weit abgedrückt, dass der Lehrhauer frei lag.

Als sie den Toten zur Aufsicht an den Schacht geschockt hatten, gab der Anschläger langsam Aufsicht...“

Der Schichtwechsel begann. In der Waschan war Pitter wie immer der Erste an der Kette. „Das halbe Venenum zum Teufel...“ schüttelte er immer wieder verständnislos den bilden Schädel und spie den Priem von sich, der für das volle Venenum bestimmt war.

Erstersteigung

Sternsüber Frostabend. Die Schritte des Bahnwärters knirschen auf dem hartschotenen Schnee. Silbern leuchten die Schlepen bis in die Ferne. In Gedanken verloren blickt der Bahnwärter hinauf zum Berge, zum nachverküllten, eisstarren „Wetterstein“. Da — täuscht er sich, oder sieht er richtig? Hoch oben in den Bergwänden blitzen kleine Trichter. Der Mann reibt sich die Augen, schaut wieder hinauf und immer wieder es ist kein Zweifel: Aus den Wänden des Wettersteins werden Lichtsignale gegeben. Menschen befinden sich in Bergnot!

Der Bahnwärter — er hat ja heute friet — rennt, was er nur rennen kann, ins Dorf und berichtet, was er eben gesehen hat. Wie ein Laufseuer verbreitet sich die Nachricht. Zwei Bauernbuden, ein paar Holzhäuschen und ein Ingenieur, die aufzüllig im „Braunen Hirschen“ bei einem Glühwein saßen, rüsten sich in aller Eile aus, und eine halbe Stunde später bricht die Rettungsexpedition auf.

Am gleichen Tage, um zwei Uhr früh, hatten sich drei Touristen, die mit dem Zuge gekommen waren, von der nächsten Bahnhofstation aufgemacht, um die „Wetterstein-Südwand“ zu erklimmen: ein Beruf, bei dem schon manche ihr Leben lassen müssen und noch keiner die Spize im Winter erreicht hatte. Die drei wollten nun diese Erfolgsleistung erzwingen.

Als sie, nach langer und mühevoller Wanderung über versteckte Almen und Steige, endlich die „Hochalm“ erreicht hatten, glichen schon die ersten Sonnenstrahlen über die schimmernden Felsen.

Eine kleine Rast, und dann ging es weiter zum Anstieg. Schwierig war schon der Weg bis zur bekannten „Eisrinne“, in harter Stufenarbeit laufen die drei nur langsam vorwärts. Bald wärmt die Sonne so stark, dass Schneereisen angeholt werden müssen. Infolge des tiefen Einsinkens in den weichen Schnee aber verlieren die Touristen die Markierung und steigen über die zum Teil entblößten Felswände weiter. Immer tiefer gruben sich die Sonnenstrahlen in den Schnee, bis in die untersten Schichten: überall drohten Lawinen abzugehen; schon rollten weiße Schneeflächen ab.

Endlich, am frühen Nachmittag, war das „Muttered“ erreicht. Wieder eine kleine Rast. Und dann weiter, in zähnen Komplexe gegen Hals und Schiene, erklimmen die jungen, mutigen Menschen die Spize: Er steigt auf!

Der Anstieg gestaltete sich ungleich schwieriger; unendlich langsam, jeden Tritt vorsichtig und genau prüfend, fortwährend abruptwendend, infolge des Wasserreichthums des Geländes total durchzägt, entfernen sich die Sieger vom Gipfel, über dem schon die müde Nachmittagsonne leuchtete. Nach dunkelte es dann und mit einem Male brach die Kälte ein. Die Zeit reichte nicht mehr aus. Die drei hatten die Anstiegswand erreicht, als den durch und durch erstickten, überarbeiteten Körpern die Kräfte schwanden: mit starren Fingern zündeten sie ihre Karbidlampen an, in der Hoffnung, unten im Tale bemerkbar zu werden. Sie hatten die Markierung verloren und fanden sich, obwohl die Nacht ziemlich hell war, außerstande, den Weg zu suchen. In einer kleinen Feldmulde, eng beisammen sitzend, unentwegt die glimmenden Fackeln im Munde, rieben sich die drei stundenlang ihre erstickten Körper ab, tranken enorme Mengen Tee, auf den kleinen Aluminiumtassen bereit, und bangten um ihr Leben. Lange konnten sie sich nicht mehr in Bewegung erhalten, dann wurde die Kälte, den ganzen Körper überlaufende Kälte und dann, gleich darauf — der heimtückisch-unwiderrücklich warm-weiche Schneetod kam.

Da plötzlich riss es, die drei Erschöpften hoch. Ein Wärmetrom durchzuckte sie, und wild-selig flogen ihre Lampen in Kreise: Hallo! Hallo!

Sie hatten die Lichter der Rettungsaktion erblickt.

Fünf schwere Stunden später umzingen sie — es war schon wieder zeitig am Morgen — drei warm-friedliche, von allen Gefahren weit entfernte Bettlen im „Braunen Hirschen“. Harold Spitzer.

Abenteuer im Kino

Wenn man öfters ins Kino geht, dann kann man im Schauerraum nette Sachen erleben. Viel schöner als die auf der weißen Fläche, die geduldig Lügen trägt.

Ich war in der Aufführung eines Films, in dem ein Mann einem Mädchen die Ehe verspricht, trotzdem er bereits in Ehe feststeht. Eben, als die Verlobung gefeiert werden soll, trifft die Frau-Gemahlin ein. Und nun geschieht das dem Publikum so sympathische Kinomunder. Man erwartet einen schauerlichen Zusammenstoß, aber nein, da im Film der Edelmutter triumphiert, so macht die hochsinnige Frau selbst den Vorwurf, um der Ehre des Mädchens willen die Scheidung zu beantragen. Man sieht also wieder einmal, wie herzensgut die Menschen im Film sind.

Das Kinopublikum ist äußerst gerührt über so viel Edelmut und schreut sich heftig. Hinter mir aber rast ein Herr: „Wo wenn man doch auch nur so ein Schwachsinn.“

Der Mann hatte natürlich (!) damit nur das „Gänsehaut“ gemeint. Erst die beiden Männer, die Angestellten, sahen die Angestellten sehr und hörten dem Herrn zu. Sie hatte ihn wohl ganz falsch verstanden.

„Ich sag — mir jede Gattin ist so einsichtsvoll wie die Filmaufführung.“